

**SPD**

**LANDESPARTEITAG  
DER SPD THÜRINGEN:  
BESCHLUSSBUCH**

SUHL, 24. SEPTEMBER 2022

**A1\***

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand

**Titel:** **ZUSAMMEN.leben – für eine solidarische Familienpolitik**

---

## **Antragstext**

1 **ZUSAMMEN.leben – für eine solidarische Familienpolitik**

2 Für uns ist Familie überall dort, wo Menschen füreinander Verantwortung  
3 übernehmen. Familie beginnt also beim Kleinkind und umfasst auch die  
4 Urgroßeltern.

5 Wir nehmen dabei alle Familienformen in den Blick, ob mit oder ohne Trauschein,  
6 Alleinerziehende, Regenbogen- und Patchworkfamilien und auch Menschen, die sich  
7 um pflegebedürftige Angehörige kümmern. Ohne die Sorge für andere, ohne die  
8 Verantwortung, die innerhalb von Familien füreinander übernommen wird, ohne die  
9 Betreuung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen, kann unsere Gesellschaft  
10 nicht funktionieren. Familien in diesen Aufgaben zu unterstützen, ist ein  
11 zentrales Anliegen unserer Politik.

12 Die beiden letzten Jahre waren für Familien nicht einfach und oft besonders  
13 belastend. Vielfach wurde die Erwerbsarbeit ins Home-Office bzw. mobile Arbeiten  
14 und somit in die eigenen vier Wände verlegt. Kindergärten und Schulen waren  
15 geschlossen und Eltern sollten parallel Kinder und Jugendliche im Home-Schooling  
16 betreuen und unterstützen. Andere Familien waren von Kurzarbeit und massiven  
17 Einkommenseinbußen betroffen. Familien mit zu pflegenden Angehörigen können  
18 immer noch nur begrenzt mit Unterstützung durch Tages- und Kurzzeitpflege  
19 rechnen.

20 Die anfallende Sorgearbeit wurde zunehmend während und zwischen Videokonferenzen

21 und Hausaufgabenbetreuung erledigt – und der ohne eklatante Gender Care Gap,  
22 also die unbezahlte Sorgemehrarbeit von Frauen, verstärkte ich massiv.

23 Familien haben in besonderem Maße unter der Pandemie, sowie den Maßnahmen ihrer  
24 Eindämmung gelitten. Auch heute ist der Alltag von Familien noch eingeschränkt –  
25 vor allem aber ist die Situation belastender als im Frühjahr 2020. Die aus den  
26 Folgen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine  
27 resultierenden wirtschaftlichen Folgen stellen insbesondere für Familien eine  
28 weitere Herausforderung dar. Sie sehen sich mit steigenden Preisen für den  
29 täglichen Bedarf, wie Lebensmittel und Kleidung oder für Strom und Heizung  
30 konfrontiert und fragen sich, wie sie die Kosten für sich selbst aber vor allem  
31 für ihre Kinder aufbringen sollen. Bedingt durch Pandemie und Kriegsfolgen hat  
32 sich die finanzielle Situation für Familien in den letzten zwei Jahren  
33 verschlechtert und die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und  
34 Erwerbsarbeit stellt sich neu. Private, kommunale sowie

35 kreisübergreifende Netzwerke zur Unterstützung müssen deshalb reaktiviert bzw.  
36 gestärkt werden.

37 Die SPD ist die Familienpartei in Thüringen. Für uns ist klar: Gute Politik für  
38 Familien zu machen, ist ein zentrales Anliegen unserer Arbeit. Das gilt einmal  
39 mehr nach den letzten mehr als zwei Jahren Pandemie. Wir haben uns immer dafür  
40 eingesetzt, Strukturen zu etablieren und zu stärken, die Familien unterstützen  
41 – auf kommunaler und auf Landesebene.

42 Das Vertrauen von Eltern in die Politik hat während der Pandemie gelitten. Es  
43 ist Aufgabe von Politik zu zeigen, dass sie aus den Fehlern während der  
44 Bewältigung der Pandemie gelernt hat und sie den Fokus auf gute Politik für  
45 Familien setzt. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen  
46 Auswirkungen des Krieges in der Ukraine. In den nächsten Jahren liegt viel vor  
47 uns, wenn wir attraktive Lebensbedingungen für Familien in Thüringen realisieren  
48 wollen. Dabei müssen wir uns genauso mit der Frage beschäftigen, wie wir gute  
49 Betreuung und Bildung in Kindergärten ermöglichen, pflegende Angehörige  
50 entlasten und unterstützen können, ausreichend Fachkräfte für die Sozial- und  
51 Erziehungsberufe begeistern, wie mit der Frage, wie wir beispielweise über  
52 Arbeitszeitverkürzung mehr Zeit für Familienerholung gewährleisten. Dabei ist es  
53 unser Auftrag für die Zukunft, die finanzielle Situation von Familien, durch  
54 bessere Löhne, aber auch gezielte Sozialleistungen zu verbessern und die  
55 Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter- bzw. neu zu denken.

56 Wir brauchen einen **„Zukunftsvertrag für Familien in Thüringen“**. Dafür werden wir  
57 folgende Maßnahmen umsetzen.

## 58 1. Verbesserung der Einkommenssituation

59 Familien brauchen finanzielle Sicherheit, um ihren Lebensunterhalt zu  
60 bestreiten, um Planungssicherheit zu haben, aber auch, um Kindern Möglichkeiten  
61 zu schaffen. Die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, aber auch  
62 zwischen Ost und West sind nach wie vor hoch. 16% niedrigere Löhne bekommen  
63 Arbeitnehmer:innen im Osten, im Vergleich zu ihren westdeutschen Kolleg:innen.  
64 Für Eltern ergeben sich zusätzliche Einkommensverluste. Insbesondere für Frauen  
65 ist die Entscheidung für ein oder mehrere Kinder mit erheblichen  
66 Einkommenseinbußen verbunden, die sich im Lebensverlauf zu massiven Einkommens-  
67 und Vermögensverlusten summieren.

68 Die Einkommenssituation der Eltern wirkt sich unmittelbar auf die Kinder aus.  
69 Mit 20% ist der Anteil der Kinderarmut nach wie vor überdurchschnittlich hoch.  
70 Damit einher gehen schlechtere Bildungschancen und ein höheres Risiko für  
71 Erkrankungen und psychische Probleme. Es ist weniger eine Frage individueller,  
72 sondern vor allem eine Frage gesellschaftlicher Verantwortung, Wege zur  
73 Verbesserung der finanziellen Sicherheit von Familien zu finden

74 Wir setzen uns dafür ein:

- 75 • Einführung einer Kindergrundsicherung

76 Wir begrüßen die Ankündigung der Bundesregierung eine sozial gerechte  
77 Kindergrundsicherung auf den Weg zu bringen. Die Kindergrundsicherung muss das  
78 Existenzminimum eines Kindes berücksichtigen. Sie muss allen Kindern  
79 unbürokratisch und ohne Stigmatisierung zu Gute kommen.

- 80 • Entlastung der Eltern von Beiträgen für Kindergarten-, Hort- und  
81 Essensbeiträge

82 Wir halten mittelfristig am Ziel fest, bundesweit die Beitragsfreiheit in  
83 Kindergärten und Horten umzusetzen. Mit Blick auf die finanzielle Lage und die  
84 anstehenden Herausforderungen setzen wir als nächsten Schritt in Thüringen auf  
85 eine nach Einkommen gestaffelte, landesweit einheitliche Beitragsordnung für die  
86 Krippen, Kindergärten und Horte. Zusätzlich wollen wir sicherstellen, dass jedes  
87 Kind in Thüringen in Kindergarten und Schule ein warmes Mittagessen erhält.  
88 Daher werden wir dafür sorgen, dass ab dem Schuljahr 2023/2024 alle  
89 Kindergartenkinder und Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Geldbeutel ihrer  
90 Eltern ein gesundes und warmes Mittagessen pro Tag in den Kindergärten,  
91 Grundschulen und allen weiterführenden Schulen erhalten. Dies soll kostenfrei  
92 für die Eltern und Schülerinnen und Schülern gestaltet werden.

- 93 • Steigerung des Lohnniveaus

94 Um die Einkommenssituation zu verbessern brauchen wir eine deutliche Anhebung  
95 der Löhne in Thüringen. Als Sozialdemokrat:innen setzen wir uns für eine  
96 Steigerung des Lohnniveaus und der Tarifbindung ein.

- 97 • Einführung eines Grunderbes

98 Wir müssen jungen Menschen zeigen, dass wir ihnen vertrauen und in sie  
99 investieren. Dazu werden wir uns auf Bundesebene für die Einführung eines  
100 Grunderbes in Höhe von 20.000 € für jeden einsetzen, der das 18. Lebensjahr  
101 erreicht hat. Das Grunderbe wird dabei nicht auf andere Sozialleistungen  
102 angerechnet.

## 103 2. Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit

104 Familien brauchen Zeit. Die Pandemie hat viele, längst sicher geglaubte,  
105 Sicherheiten für Familien in Frage gestellt. Wie wir die Vereinbarkeit von  
106 Familie und Beruf realisieren, steht wieder stärker im Fokus. Klar ist: Wir  
107 brauchen mehr Flexibilität im Sinne der Kolleg:innen. Die Pandemie hat aber auch  
108 gezeigt, dass es nicht nur um die Frage geht, wie wir Erwerbsarbeit für Eltern  
109 möglich machen. Wir müssen auch darüber sprechen, wie wir Familien mehr Zeit  
110 miteinander ermöglichen.

111 Es ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft  
112 Maßnahmen zu ergreifen, dass Erwerbsarbeit und Familie vereinbar sind und  
113 Familien gleichzeitig ausreichend Zeit füreinander haben. Wir setzen uns für  
114 folgende Maßnahmen ein:

- 115 • Einführung einer Familienarbeitszeit

116 Familien brauchen Zeit füreinander. Die Vereinbarkeit von (Vollzeit-  
117 )Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung ist oft eine große Herausforderung. Wir  
118 wollen Eltern ermöglichen, gleichberechtigt ihre Arbeitszeit auf 30 Stunden in  
119 der Woche zu reduzieren, um sich um ihre Kinder kümmern zu können. Den  
120 Lohnausfall kompensieren wir über eine Leistung analog dem Elterngeld.

- 121 • Ausbau der Regelungen zu Pflegezeit und Familienpflegezeit

122 Der Anteil der pflegenden Angehörigen steigt kontinuierlich an. Um sie zu  
123 unterstützen setzen wir uns auf Bundesebene für eine deutliche Ausweitung der

124 Pflegezeit und der Familienpflegezeit ein.

- 125 • Stärkung betrieblicher Maßnahmen zur Vereinbarkeit

126 Die Arbeitswelt muss familienfreundlicher werden. Wir wollen Unternehmen auf dem  
127 Weg unterstützen, geeignete Maßnahmen zur Stärkung der Vereinbarkeit von  
128 Familie, Kinderbetreuung, Pflege und Beruf zu finden. Beispiele hierfür sind die  
129 Etablierung von Familienbüros, Ferienfreizeiten, Betriebskindergärten oder  
130 Familienbudgets.

131 Perspektivisch müssen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch bei  
132 der Vergabe öffentlicher Mittel und Aufträge berücksichtigt werden.

- 133 • Evaluierung und Verstetigung des Landesprogramms Familienerholung

134 Familien brauchen Auszeiten und Urlaub. Besonders mit dem Blick auf die  
135 Inflation müssen wir Familien mit geringen Einkommen eine Familienerholung  
136 ermöglichen. Dafür wollen wir das Landesprogramm Familienerholung evaluieren und  
137 ausbauen.

### 138 3. Strukturen vor Ort

139 Familien brauchen Infrastruktur. Kindergärten, Familienzentren, Jugendclubs und  
140 Kurzzeitpflege, aber auch der öffentliche Nahverkehr sind Beispiele für  
141 Angebote, die Familien unterstützen. Mit dem Landesprogramm „Solidarisches  
142 Zusammenleben der Generationen“, unserem Landesprogramm für Familien, haben wir  
143 in den letzten Jahren auf kommunaler Ebene eine ganze Reihe von Angeboten  
144 realisiert, die Thüringen für Familien attraktiver und lebenswerter machen.

145 Um Angebote für Familien zu ermöglichen brauchen wir Fachkräfte. Gerade in den  
146 Sozial- und Erziehungsberufen zeichnet sich für die kommenden Jahre ein weiterer  
147 Bedarf an Fachkräften ab. Neben der Aufwertung der Erziehungs-, Sozial- und  
148 Gesundheitsberufe braucht es Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen sowie  
149 eine Stärkung der Ausbildung in diesem Bereich.

150 Die Bewältigung der Corona-Pandemie, aber auch andere aktuelle  
151 Herausforderungen, wie die soziale

152 Integration geflüchteter Familien zeigen, wie schnell nicht ausreichend  
153 krisenrobuste Institutionen der sozialen Infrastruktur an ihre Leistungsgrenze  
154 geraten. Stattdessen brauchen wir im Bereich der Gesundheits-, Bildungs- und

155 sozialen Infrastruktur eine personelle und sachliche Ausstattung, die es den  
156 Einrichtungen und Ämter ermöglicht, auch in einer Krise schnell und flexibel auf  
157 zusätzliche Ressourcen zuzugreifen.

158 Grundsätzlich soll sich die Bemessung von zuzuweisenden Mitteln für die  
159 Familienförderung künftig nicht mehr nur an der zahlenmäßigen Stärke der  
160 Zielgruppe, sondern stärker auch daran orientieren, mit welchen besonderen  
161 Herausforderungen ein bestimmter Sozialraum konfrontiert ist (z.B. Armut,  
162 Demographie/Schrumpfungsprozesse, Klimawandelfolgen, Aspekte von Public Health,  
163 Bevölkerungsdichte). Der demografische Wandel würde dazu führen, dass  
164 insbesondere im ländlichen Raum in den kommenden Jahren Strukturen wegbrechen,  
165 die besonders für Familien relevant sind. Wir werden dafür sorgen, dass nicht  
166 mehr ausschließlich die Bevölkerungsentwicklung zur Grundlage gemacht wird,  
167 sondern es Grundsicherheit für alle zentralen Bereiche der Familien-, Sozial-,  
168 Gesundheits- und Sozialpolitik gibt.

- 169 • Stärkung der Familienförderung (LSZ)

170 Das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ ist ein  
171 Erfolgsprojekt. Nahezu alle Landkreise und kreisfreien Städte in Thüringen  
172 beteiligen sich an der kommunalen Sozialplanung. Dabei zeigt sich aber auch  
173 eines: der Bedarf an Angeboten zur Unterstützung von Familien ist größer als  
174 bislang abgebildet. Das zeigt sich auch in der aktuellen Situation. Konkret  
175 setzen wir uns außerdem für einen kurzfristigen Ausbau der Beratungsstellen  
176 (Ehe-, Lebens- und Familienberatungsstellen, Schuldnerberatung sowie  
177 Suchtberatung ein) sowie der Anlaufstellen für pflegende Angehörige. Außerdem  
178 wollen wir die aufsuchende Sozialarbeit

179 vor Ort und aus einer Hand für Familien stärken und Familienlotsen besonders  
180 fördern.

- 181 • Ausbau eines bezahlbaren ÖPNV

182 Der Zugang zur Mobilität ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Damit  
183 Familien überall in Thüringen mobil sein können, braucht es ein gut  
184 erreichbares, regelmäßiges und bezahlbares Angebot des Öffentlichen Nahverkehrs.  
185 Das wollen wir sicherstellen, u.a. durch einen landesweiten Verkehrsverbund und  
186 die Einführung eines 365€-Tickets. Ergänzt durch Angebote wie Carsharing und  
187 Rufbusse.

- 188 • Masterplan Fachkräftesicherung der Sozialen Arbeit

189 Die Sicherung des Fachkräftebedarfs in der sozialen Arbeit wird eine der größten  
190 Herausforderungen für die Familienpolitik in den kommenden Jahren. Der Schlüssel  
191 sind gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen. Hierzu braucht es einen  
192 Masterplan zur Fachkräftesicherung. Dringend notwendig sind außerdem folgende  
193 Schritte: die Verbesserung und Vereinheitlichung des Betreuungsschlüssels in  
194 Kindergärten, der Ausbau der Praxisintegrierten Ausbildung (PIA), die  
195 Fortführung der Sprach-Kitas sowie attraktive Ausbildungsbedingungen in den  
196 Berufen der Sozialen Arbeit, Gesundheit und Pflege, Erziehung und Bildung  
197 (SAGHE-Berufen), u.a. durch die Schulgeldfreiheit für alle SAGHE-Berufe,  
198 vergütete Anerkennungspraktika und die Erweiterung von Kapazitäten an  
199 staatlichen berufsbildenden Schulen.

200 • Unterstützung pflegende Angehörige

201 Um Pflegende Angehörige besser zu unterstützen, die Qualität der Pflege  
202 sicherzustellen und auf den steigenden Fachkräftebedarf vorbereitet zu sein,  
203 fordern wir die Landesregierung auf, eine Konzertierte Aktion Pflege auf den Weg  
204 zu bringen, an der alle relevanten Akteur:innen beteiligt sind. Darüber hinaus  
205 soll eine Studie erstellt werden, die das Thema Pflege in Thüringen umfassend  
206 betrachtet und einen Maßnahmenkatalog erarbeitet.

207  
208 Außerdem sollen in Thüringen die Pflegestützpunkte flächendeckend ausgebaut  
209 werden

210 Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Reform der Pflegeversicherung ein, die  
211 Pflegebedürftige und ihre Angehörige bei Kostensteigerungen nicht weiter  
212 belastet.

C3\*

# Antrag

**Initiator\*innen:** AfA Thüringen

**Titel:** Jetzt die Weichen für die Zukunft stellen -  
Fachkräfteoffensive für Thüringen starten

## Antragstext

1 Der zunehmende Mangel an Fachkräften ist seit mehreren Jahren in Thüringens  
2 Arbeitswelt zu spüren. Ob im Handwerksbetrieb, in der Industrie, im öffentlichen  
3 Dienst oder bei in den sozialen Berufen, überall werden Fachkräfte dringend  
4 gesucht und bleiben Stellen unbesetzt. Dies schränkt an einigen Stellen bereits  
5 jetzt das Angebot von sozialen Dienstleistungen, die Verfügbarkeit von  
6 Handwerkern ein und behindert das Wachstum von Firmen.

7 Zentrale Ursache für die Situation ist der demografische Wandel. Gerade in  
8 ländlichen Regionen, die zusätzlich von Abwanderung betroffen sind, ist dies  
9 massiv zu beobachten. Jahr für Jahr scheiden mehr Menschen aus der  
10 Erwerbstätigkeit aus als nachrücken. Etwa 40% aller aktuell Erwerbstätigen in  
11 Thüringen sind älter als 50 Jahre und scheiden, bedingt durch Erreichen des  
12 Renteneintrittsalters, regulär bis spätestens 2040 aus der Erwerbstätigkeit aus.  
13 Die Bundesagentur für Arbeit geht von 300.000 Arbeitskräften aus, die Thüringen  
14 bis zum Jahr 2040 verlieren wird.

15 Hinzu kommt, dass die fortschreitende Digitalisierung, die notwendige  
16 Dekarbonisierung aufgrund der Klimakrise und die daher notwendige sozial-  
17 ökologische Transformation einen tiefgreifenden Wandel der Thüringer Wirtschaft  
18 mit sich bringen wird. Daraus wird eine enorme Veränderung von bisher bekannten  
19 Berufsbildern und ein großer Veränderungsdruck auf dem Arbeitsmarkt folgen.  
20 Diese Prozesse müssen frühzeitig mit Weiterbildungsangeboten begleitet werden  
21 und die Beschäftigten bei Arbeitsplatzwechseln unterstützt werden. Insbesondere  
22 darf der Strukturwandel nicht zu einer Verschlechterung von Arbeitsbedingungen  
23 und Löhnen führen.

24 Transformationsprozesse sind in Ostdeutschland nichts Neues. Die Menschen haben  
25 in den neunziger Jahren eine enorme Anpassungsleistung erbracht. Aus dieser  
26 Erfahrung bringen die Ostdeutschen viel Expertise, aber auch Befürchtungen mit  
27 Blick auf den Wandel mit. Es braucht daher eine starke Interessensvertretung der  
28 Beschäftigten, um eine verlässliche Einbindung der Menschen in die  
29 Entscheidungsprozesse sicherzustellen.

30 Die Corona-Pandemie wirkte in vielen Bereichen wie ein Brennglas auf bestehende  
31 prekäre Arbeitsbedingungen, die besonders bei Beschäftigten in der sozialen  
32 Arbeit, den haushaltsnahen Dienstleistungen und im Gesundheits- bzw.  
33 Erziehungsbereich (SAGHE- Berufe) vorzufinden sind. Dabei sind es genau diese  
34 Berufe die in den letzten zwei Jahren massiv belastet, ohne Pause gefordert und  
35 überstrapaziert wurden. Die daraus folgende Abwanderung aus diesen Berufen  
36 belastet die verbliebenen Beschäftigten zusätzlich. Um dieser Entwicklung  
37 entgegenwirken zu können, braucht es eine wesentliche Steigerung der  
38 Attraktivität dieser Berufe durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und  
39 höhere Löhne.

40 Ausreichend Fach- und allgemein Arbeitskräfte sind auch die Voraussetzung für  
41 eine Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Thüringens. In Anbetracht des  
42 großen demografischen Drucks braucht es auch die gezielte Anwerbung und Aufnahme  
43 Zuwanderinnen und Zuwandern. Hierzu sind eine Vereinfachung und  
44 Entbürokratisierung der Anerkennungsverfahren von Schul- und Berufsabschlüssen  
45 und gut erreichbare Integrationsmaßnahmen notwendig, um den Menschen einen  
46 schnellen Einstieg in die Erwerbstätigkeit zu ermöglichen und sozialen Aufstieg  
47 zu fördern.

48 Der Fokus und gesellschaftliche Anspruch von jungen Menschen und Familien hat  
49 sich gewandelt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die sogenannte  
50 ‚Work-Life-Balance‘ spielt für Eltern eine zunehmend größere Rolle bei der Wahl  
51 der Erwerbstätigkeit. Zeit für Familie und Privatleben, verlässliche Angebote  
52 für die Betreuung der Kinder sowie pflegebedürftiger Angehöriger sind zunehmend  
53 Faktoren für die Arbeitsplatzattraktivität.

54 Geschlechterspezifische Ungleichheiten in Bezug auf Löhne und Altersvorsorge  
55 mindern zudem die Attraktivität der Erwerbstätigkeit und beruflicher Karrieren  
56 von Frauen, welche zusätzlich prozentual öfter in Teilzeit oder im  
57 Niedriglohnsektor arbeiten und sich überwiegend um die unentgeltliche Care-  
58 Arbeit im Haushalt und der Familie kümmern. Dieses Gender-Pay-Gap und das  
59 Gender-Care-Gap, befördert durch das Ehegatten-Splitting, führen zu einer  
60 geringeren Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und verstärken damit auch den  
61 Fachkräftemangel.

62 **Es braucht einen Masterplan „Fachkräftesicherung für Thüringen“. Elemente dieses**  
63 **Planes müssen sein:**

64 **1. Eine Kampagne zur Steigerung der Tarifbindung und für gute**  
65 **Arbeitsbedingungen**

- 66 • Aufruf zu einer konzertierten Aktion von Arbeitgebern, Gewerkschaften,  
67 Wirtschafts- und Arbeitsministerium zur Erhöhung der Anzahl der Betriebe  
68 mit Tarifbindung.
- 69 • Stärkung des Vergabegesetzes durch Ausweitung des Geltungsbereichs auf  
70 kommunale Vergabeverfahren. Stärkung des Kriteriums der Tariftreue bzw.  
71 Tarifbindung als wichtige Voraussetzung zur Vergabe von Aufträgen.
- 72 • Stärkung und Qualitätsoffensive der dualen Ausbildung sowie Sicherung  
73 eines wohnortnahen Berufsschulnetzes und die Weiterentwicklung des Azubi-  
74 Tickets zu einem Jugendticket für Schüler:innen, Auszubildende,  
75 Volontär:innen und Freiwilligendienstleistende, wenn deren Lehrstätte oder  
76 Schulstandort in Thüringen liegt, nicht wie bisher ausschließlich abhängig  
77 vom Schulstandort.

78 **2. Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

- 79 • Auflage eines Förderprogramms zur Begleitung von Betrieben bei der  
80 Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Bezug auf die Vereinbarkeit von  
81 Familie und Beruf.
- 82 • Sicherstellung eines ausreichenden Angebots und einer hohen  
83 Betreuungsqualität für Kinder und pflegebedürftige Angehörige

84 **3. Stärkung der SAGHE-Berufe**

- 85 • Steigerung der Tarifbindung in den sozialen Berufen insbesondere durch  
86 Verknüpfung bei der Vergabe von Fördermittel
- 87 • Verbesserung der Ausbildungsbedingungen durch Schulgeldfreiheit und Ausbau  
88 der praxisintegrierten Ausbildung (PIA)
- 89 • Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege unter anderem durch eine  
90 schrittweise Reduzierung der Arbeitszeit im Bereich der Alten- und  
91 Krankenpflege auf 30h pro Woche bei vollem Lohnausgleich und die

92 Einführung eines Personalschlüssels für die Pflege von 1 zu 4

93 • Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der frühkindlichen Bildung durch  
94 einen verbesserten Kita-Betreuungsschlüssel

95 • Rückholkampagne für Fachkräfte aus dem Bereichen der Sozialen Arbeit,  
96 Gesundheit und Pflege, Erziehung und Bildung (SAGHE-Berufe)

#### 97 **4. Transformationsprozesse gestalten**

98 • Monitoring des Strukturwandels und Sicherstellung eines passgenauen  
99 Weiterqualifizierungsangebotes für Beschäftigte

100 • Ausbau der Beratungsangebote für Beschäftigte, die einen Job- oder  
101 Berufswechsel aufgrund von Transformationsprozessen bewältigen müssen

102 • Begleitung von Betriebsräten bei der Ausgestaltung von  
103 Strukturveränderungen

#### 104 **5. Willkommenskultur für Zuwander:innen**

105 • Vereinfachung und Entbürokratisierung der Anerkennungsverfahren von Schul-  
106 und Berufsabschlüssen

107 • Integrationsangebote auch bei Arbeitsmigration

108 • Unterstützung einer Willkommenskultur für Zuwander:innen

#### 109 **6. Zugang zu schneller Qualifikation**

110 • Aufruf zu einer konzertierten Aktion von IHK, Gewerkschaften und  
111 Arbeitgebern mit dem Ziel die Zugangsvoraussetzung für Fachkräfte über  
112 Quereinsteigerqualifikation zu erleichtern und einen anerkannten Abschluss  
113 für einen Fachberuf zu erlangen

**C4\***

# **Antrag**

---

**Initiator\*innen:** KV Kyffhäuserkreis

**Titel:** **Ausbau und Verstetigung der Förderung der vergüteten praxisintegrierten Ausbildung (PiA TH) zu staatlich anerkannten Erzieher\*innen in Kindergärten ab dem Ausbildungsjahrgang 2023/24 als dauerhafte Förderung und Verstetigung des Landesprogramms der Förderrichtlinie „Thüringer Fachkräfteinitiative Kita 3.0“**

---

## **Antragstext**

- 1 Die SPD- Landtagsfraktion und die SPD- Mitglieder des Koalitionsausschusses
- 2 werden aufgefordert sicherzustellen, dass ab dem Ausbildungsjahrgang 2023/24 die
- 3 Verstetigung der Finanzierung der PIA Ausbildung erfolgt.

C5\*

# Antrag

**Initiator\*innen:** AfA Thüringen

**Titel:** Attraktivität Landesdienst

## Antragstext

1 Gewerkschafter:innen und Personalräte nehmen seit geraumer Zeit eine steigende  
2 Arbeitslast und enorme Fluktuation im Landesdienst wahr. Als politische  
3 Verantwortliche dieser Landesregierung sollten wir diese Zeichen wahr und ernst  
4 nehmen und uns mehr denn je für eine Attraktivität des Arbeitgebers „Land  
5 Thüringen“ einsetzen bzw. stark machen.

6 Folgende Punkte gilt es schnellstmöglich umzusetzen bzw. zu anzugehen um  
7 Fachkräfte zu gewinnen bzw. zu halten:

### 8 **40 Stunden sind zuviel!**

9 Dem Thema der Arbeitszeitverkürzung wird sich das Land Thüringen stellen müssen.  
10 Nicht nur in der Privatwirtschaft auch im Bereich von Bund und Kommune gibt  
11 nicht unerhebliche Veränderungen mit Blick auf die Wochenarbeitszeit. Auch im  
12 Landesdienst verstärkt sich der Wunsch nach einer Arbeitszeitverkürzung bei  
13 vollem Lohnausgleich. In den Gewerkschaften werden hierzu schon bereits  
14 Möglichkeiten entwickelt und ausgelotet. Mit einem weiteren Blick auf die o.g.  
15 bevorstehende Tarifrunde ist es wichtig, dass die politisch Verantwortlichen  
16 unseres Landes sich den Wünschen und Bedürfnissen des Landesbeschäftigten  
17 bewusst sind um dann gegenüber der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) als  
18 verantwortungsbewusster Arbeitgeber auftreten zu können.

### 19 **Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit!**

20 Die Vergütungsschere zwischen den Arbeitgebern im öffentlichen Dienst (Bund,

21 Land, Kommune) droht immer weiter auseinander zu klaffen. Die Abwanderung von  
22 Fachkräften ist keine Seltenheit mehr. In den kommenden Tarifverhandlungen  
23 (Herbst 2023) fordern wir ein aktives Handeln, des Landes Thüringen in der TdL  
24 ein. In Vorbereitung auf die Verhandlungen müssen die Landeseinrichtungen  
25 mitgenommen werden. Das Land Thüringen muss sich einer Rolle der  
26 tarifpolitischen Vorbildfunktion bewusst werden, und überall dort Verhandlungen  
27 führen, die über dem TDL Niveau liegen, wo es möglich ist. Das beste Beispiel  
28 ist hier das Universitätsklinikum Jena mit einem eigenen Tarifvertrag neben dem  
29 TV-L.

30 Das Land Thüringen soll sich als Mitglied in der Tarifgemeinschaft deutscher  
31 Länder für eine Abschaffung des TV-L zugunsten der Anwendung des TV-ÖD auch im  
32 Länder Bereich einsetzen. Entsprechende Beschlüsse sind im Kabinett bzw. im  
33 Plenum zu fassen.

#### 34 **Echte Personalentwicklung!**

35 Im Kampf um die Fachkräfte dürfen wir den Blick auf das bereits vorhandene  
36 Personal nicht verlieren. Personalentwicklungskonzepte dürfen keine zahnlosen  
37 Tiger bleiben, sondern müssen konsequent gelebt werden. Auf der Grundlage der  
38 Rahmenleitlinie [PERMANENT Stand 28.02.2017\\_Druck\\_22.12.2017 \(thueringen.de\)](#)  
39 müssen echte Personalentwicklungsmaßnahmen abrechenbar zum Tragen kommen. Wer  
40 sich einmal für den Landesdienst entschieden hat sollte auch zum bleiben  
41 motiviert werden. Hierzu sind beispielweise „Talentpools“ auf Landesebene  
42 denkbar, in denen Beschäftigte mit Veränderungs- bzw. Umsetzungswünschen erfasst  
43 werden und auf die in möglichen Besetzungsstellen zurückgegriffen werden kann.  
44 Analog zur den Regelungen im TVA-L ([TVA-L\\_BBiG\\_i.d.F.\\_des\\_ÄTV\\_Nr.\\_10.pdf \(tdl-  
45 online.de\)](#)) könnte das Land Thüringen darauf hinwirken, dass Bedarfe der  
46 Dienststellen des Landes erfasst werden. Des Weiteren muss die duale  
47 Berufsausbildung mehr denn je in den Fokus der Personalentwicklungskonzepte  
48 rücken.

#### 49 **Personalbemessungsanalysen**

50 Uns allen sind die finanziellen Rahmenbedingungen des Landes Thüringen bewusst.  
51 Diese dürfen allerdings nicht in unüberlegte, pauschale Stellenabbauwege  
52 führen. In vielen Teilen des Landesdienstes wird eine erhebliche Überlast  
53 gefahren. Gleitzeitguthaben und Mehrarbeitszeiten entwickeln sich permanent nach  
54 oben und auch Überstunden (die ausgezahlt werden müssen) stellen keine  
55 Seltenheiten mehr dar. Daher ist es wichtig, die Arbeitsaufgaben in den  
56 Dienststellen des Landes genau zu analysieren, die zunehmende Bürokratisierung  
57 zu berücksichtigen und sich davon zu verabschieden, dass die bevorstehenden  
58 Digitalisierungsprozesse nur Arbeitsentlastungen bringen. Mit flächendeckenden

59 Personalbemessungsanalysen ließen sich Bereiche herauskristallisieren denen  
60 weitere Stellenabbaupfade erheblich schaden würden. In den Gewerkschaften wurden  
61 hierzu bereits Beschlüsse gefasst, die ein konsequenteres Handeln der  
62 Arbeitgeber im Bereich des öffentlichen Dienstes fordern. Als Land Thüringen  
63 könnten wir hier eine Vorreiterrolle aufnehmen, die Gewerkschaften stehen für  
64 entsprechende Verhandlungen bereit.

C6\*

# Antrag

**Initiator\*innen:** KV Erfurt

**Titel:** Chancengleichheit verbessern; den sozialen Zusammenhalt organisieren

## Antragstext

1 **Der Landesparteitag der SPD Thüringen möge beschließen:**

2 Eine soziale gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigten  
3 Zugang zu Arbeit, Wohlstand, Bildung, Kultur und politischen Entscheidungen  
4 haben und sich selbst verwirklichen können, ist seit jeher Ziel der SPD. Dieses  
5 Ziel ist längst noch nicht erreicht. Vielmehr ist unsere Gesellschaft aktuell  
6 durch zunehmende Spaltung gekennzeichnet: in eine kleine Oberschicht mit einer  
7 Vielzahl ökonomischer, räumlicher und sozialer Einfluss- und  
8 Verwirklichungsmöglichkeiten und einer größer werdenden Gruppe von Menschen, die  
9 kaum von Wohlstand und Freiheit profitieren können. Die aktuelle Corona Pandemie  
10 wirkt hier wie ein Brennglas und birgt sozialen Sprengstoff. Das wollen und  
11 werden wir nicht hinnehmen, vielmehr erwarten wir von unseren  
12 Mandatsträger:innen, das sie als Vertreter:innen der Thüringer Sozialdemokratie  
13 SPD deutlich machen:

- 14 • Die SPD steht an der Seite der Menschen, die zwar als Heldinnen und Helden  
15 des Alltags beklatscht und als systemrelevant identifiziert wurden, von  
16 dieser Würdigung aber bislang kaum materiell profitierten.
- 17 • Unser Ziel ist, dass nach der Krise die Schere zwischen arm und reich  
18 nicht größer, sondern wieder kleiner wird. Dass nicht vor allem diejenigen  
19 die Kosten schultern, die ohnehin weniger privilegiert sind.
- 20 • Unser Versprechen der sozialen Gerechtigkeit verwirklichen wir durch einen

21 starken Sozialstaat. Die Corona-Krise darf nicht zur Folge haben, hier zu  
22 sparen, sondern das Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen zu verbessern.

23 Wir fordern, dass sich eine SPD geführte Bundesregierung für eine Stärkung der  
24 sozialen Sicherung einsetzt:

- 25 • Erhöhung des Spitzensteuersatzes und Einführung einer Reichensteuer
- 26 • Konsequente Zurückweisung von Rufen nach Kürzungen bei den Sozialausgaben  
27 und somit nach einem Rückbau des Sozialstaats
- 28 • Reform der Sozialversicherung: Bürgerversicherung für Krankheit und Pflege  
29 (als Vollversicherung) sowie eine Erwerbstätigenversicherung für Alle
- 30 • Weiterentwicklung der Grundsicherung: Anhebung der Regelsätze des  
31 soziokulturellen Existenzminimums sowie Abschaffung von Sanktionen, die  
32 dem Befähigungsansatz widersprechen
- 33 • Einführung der Kindergrundsicherung

34 Von der SPD Thüringen fordern wir, dass sie sich für die stetig auskömmliche  
35 Finanzierung der sozialen Infrastruktur einsetzt. Die bedarfsgerechte  
36 Weiterentwicklung von sozialen Leistungen und Angeboten der sozialen Integration  
37 werden muss auf Augenhöhe und unter Achtung des Subsidiaritätsprinzips mit  
38 Kommunen und freien Trägern im Dialog organisiert werden. Maßgeblich geht es  
39 dabei um drei Zielstellungen:

#### 40 **I. Unterstützung der Kommunen**

41 In den Kommunen zeigt sich, was die Lebensqualität verbessert und welche  
42 sozialen Herausforderungen konkret bewältigt werden müssen. Hier leben die  
43 Menschen, hier wird sozialer Zusammenhalt organisiert. Deshalb begreifen wir die  
44 Landkreise, Städte und Gemeinden als zentrale Orte, an denen unsere  
45 Sozialpolitik umgesetzt wird. Dazu braucht es:

- 46 • eine verlässliche finanzielle Ausstattung der Kommunen, um Jugendarbeit,  
47 Unterstützungsangebote für Familien, Vereinsarbeit, Hilfe für Bedürftige,  
48 eine öffentliche Verwaltung, auf die sich jede:r verlassen kann, Straßen,  
49 Spielplätze, Schulen und Kindertageseinrichtungen – alles, was es für eine  
50 lebenswerte Nachbarschaft und ein soziales Miteinander braucht

- 51 • die Verstetigung und Weiterqualifizierung der kommunalen Sozialplanung,  
52 die fachbereichsübergreifend, gemeinsam mit den sozialen Trägern und unter  
53 Beteiligung der Einwohner:innen Bedarfe ermittelt.
  
- 54 • Impulse zur Verbesserung von Chancengleichheit in Quartieren und  
55 ländlichen Räumen mit besonderen sozialen Belastungen, z. B. durch  
56 Gemeinwesenarbeit, die für Familien, junge und alte Menschen Beratungs-  
57 und Teilhabeangebote leistet
  
- 58 • Verstetigung und Ausbau der von uns initiierten und an Kommunen  
59 adressierten Förderprogramme „örtliche Jugendförderung“,  
60 „Schulsozialarbeit“, „Landesprogramm solidarisches Zusammenleben der  
61 Generationen“, „Thüringer Initiative für Integration, Nachhaltigkeit,  
62 Kooperation und Aktivierung“, „Thüringer Initiative für lokales  
63 Integrationsmanagement in den Kommunen“ und „Älter werden in der  
64 Gemeinschaft – Thüringer Initiative gegen Einsamkeit“

## 65 **II. Stärkung der frei-gemeinnützigen Träger**

66 Die Umsetzung von Sozialleistungen ist ohne die Organisationen und Einrichtungen  
67 der frei-gemeinnützigen Träger in Thüringen nicht denkbar. Als Teile unserer  
68 pluralen Zivilgesellschaft, die durch eigenständige soziale, politische und  
69 gesellschaftliche Wertvorstellungen geprägt sind, sehen wir insbesondere in den  
70 Wohlfahrtsverbänden eine tragende Säule unsere Demokratie. Um die Rolle des  
71 sogenannten dritten Sektors als Sprachrohr für soziale Gerechtigkeit und  
72 Anbieter Sozialer Arbeit in Thüringen zu stärken, braucht es:

- 73 • Anerkennung, Förderung und Angebote der Qualifizierung für die  
74 ehrenamtliche Tätigkeit in den Vereinen und Verbänden
  
- 75 • die konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips, um Trägervielfalt,  
76 unterschiedliche Werteorientierung und eine hohe Konzeptqualität zu  
77 gewährleisten und eine dialogische Partnerschaft zwischen öffentlichen und  
78 freien Trägern auf Augenhöhe in gemeinsamer Verantwortung für die Soziale  
79 Arbeit zu verstetigen
  
- 80 • eine thüringenweit einheitliche und auskömmliche Finanzierung und  
81 Planungssicherheit für die Träger, insbesondere um tarifgerechte Löhne,  
82 Gehälter und Arbeitsbedingungen bei freien Trägern vergleichbar zum  
83 öffentlichen Dienst zu ermöglichen
  
- 84 • Entwicklung eines Thüringer Leitbilds zu Subsidiarität und Transparenz in

85 der Sozialen Arbeit

- 86 • Transparenz: die Gehälter und etwaige Zusatzleistungen von Führungskräften  
87 der freien Träger müssen analog des öffentlichen Dienstes offengelegt  
88 werden

### 89 **III. Sicherung des Fachkräftebedarfs in der Sozialen Arbeit**

90 Soziale Arbeit und das Sozialwesen als Garant sozialer Gerechtigkeit in  
91 Thüringen sind durch einen Fachkräfte- und Nachwuchsmangel gefährdet.  
92 Thüringenweit sind mehr als 120.000 Menschen, überwiegend Frauen, in  
93 systemrelevanten, also lebensrelevanten Berufen (SAHGE Berufen = Soziale Arbeit,  
94 Haushaltsnahe Dienstleistung, Gesundheit und Pflege, Erziehung) beschäftigt. Bis  
95 2030 wird ein Fachkräftebedarf im Gesundheits- und Sozialwesen von über 80.000  
96 Arbeitskräften prognostiziert. Allein in der Altenpflege werden 8.000 neue  
97 Fachkräfte und im Erzieherbereich mindestens 6.000 – 10.000 neue Fachkräfte bis  
98 2030 benötigt. Vor diesem Hintergrund braucht es eine Thüringer Ausbildungs- und  
99 Aufwertungsoffensive für die SAHGE Berufe. Diese sollte zum Ziel haben:

- 100 • die Schulgeldfreiheit für alle SAHGE Berufe einzuführen,
- 101 • Anerkennungspraktika für alle SAHGE Berufe flächendeckend zu vergüten,
- 102 • Kapazitäten an staatlichen berufsbildenden Schulen zu erweitern,
- 103 • Modelle der praxisintegrierten Ausbildung mit tarifgerechter  
104 Ausbildungsvergütung auf alle SAHGE Berufe und Einsatzfelder auszuweiten,
- 105 • berufliche Quereinstiege und berufsbegleitende Weiterbildungen zu  
106 ermöglichen

107 In der Kommunalpolitik werden wir aktiv gegen die soziale Spaltung vorgehen.  
108 Dazu werden wir die integrierte Sozialplanung, die verschiedenen Fachplanungen  
109 bzw. deren Wissen und Daten in gemeinsamen Handlungsstrukturen zusammenführen  
110 und die unterschiedlichen Entwicklungen und Bedarfslagen in den verschiedenen  
111 Teilräumen genauer abbildet, ausbauen, um eine Grundlage für eine zeitgemäße und  
112 bedarfsgerechte Sozial- und Gebietsentwicklungspolitik zu schaffen. Dort, wo  
113 besonders von Armut gefährdete Kinder und Jugendliche leben, sind die am besten  
114 ausgestatteten Schulen und ein breites Angebot an Jugend-, Kultur- und  
115 Freizeiteinrichtungen unabdingbar. Mit einer integrierten Planung können wir  
116 frühzeitig und passgenau solche Angebote schaffen.

# Antrag

**Initiator\*innen:** Jusos Thüringen

**Titel:** Solidarität mit der Kieler Erklärung zur Stärkung der politischen Teilhabe von Gehörlosen

## Antragstext

1 Die SPD Thüringen solidarisiert sich mit der „Kieler Erklärung zur Stärkung der  
2 politischen Teilhabe von Gehörlosen“ des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. vom  
3 Oktober 2021 und schließt sich den folgenden darin enthaltenen Forderungen an:

- 4 • die politische Teilhabe von Gehörlosen auf Augenhöhe mit allen anderen  
5 Bürger:innen,
  
- 6 • die Änderung des § 78 Absatz 1 und 5 SGB IX wie folgt:  
7 (1) Zur selbstbestimmten und eigenständigen Bewältigung des Alltages  
8 einschließlich der Tagesstrukturierung werden Leistungen für Assistenz  
9 erbracht. Sie umfassen insbesondere Leistungen für die allgemeinen  
10 Erledigungen des Alltags wie die Haushaltsführung, die Gestaltung sozialer  
11 Beziehungen, die persönliche Lebensplanung, die Teilhabe am  
12 gemeinschaftlichen, *politischen* und kulturellen Leben, die  
13 Freizeitgestaltung einschließlich sportlicher *und ehrenamtlicher*  
14 Aktivitäten sowie die Sicherstellung der Wirksamkeit der ärztlichen und  
15 ärztlich verordneten Leistungen. Sie beinhalten die Verständigung mit der  
16 Umwelt in diesen Bereichen.  
17 (5) Leistungsberechtigte Personen, die ein Ehrenamt ausüben, sind  
18 angemessene Aufwendungen für eine notwendige Unterstützung zu erstatten,  
19 soweit die Unterstützung nicht zumutbar unentgeltlich erbracht werden  
20 kann. Die notwendige Unterstützung soll hierbei vorrangig im Rahmen  
21 familiärer, freundschaftlicher, nachbarschaftlicher oder ähnlich  
22 persönlicher Beziehungen erbracht werden. *Menschen mit Hör- und*  
23 *Sprachbehinderungen sind die für die Ausübung eines Ehrenamtes*

24 *erforderlichen Kommunikationshilfen, insbesondere*  
25 *Gebärdensprachdolmetscher:innen oder andere Formen/Angebote*  
26 *professioneller Kommunikationsunterstützung als Leistung zu gewähren.*

- 27 • die Streichung der Formulierung „aus besonderem Anlass“ in § 82 SGB IX bei  
28 den „Leistungen zur Förderung der Verständigung“ und
- 29 • die Abschaffung der Einkommens- und Vermögensabhängigkeit von Leistungen  
30 zur Sozialen Teilhabe (Wegfall der Einkommens- und Vermögensgrenzen)

**C8\***

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** KV Kyffhäuserkreis

**Titel:** **Geschenk zur Geburt – BabyBox für werdende  
Thüringer Eltern**

---

## **Antragstext**

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Mitglieder des Koalitionsausschusses werden
- 2 aufgefordert, die Einführung einer BabyBox – analog dem Finnischen Modell – für
- 3 alle werdenden Eltern in Thüringen zu prüfen.

C9\*

# Antrag

**Initiator\*innen:** AfA Thüringen

**Titel:** **Schutzschirm und Task Force für „Gute Arbeit“  
- Bessere Krisenvorsorge für mitbestimmte und  
tarifizierte Arbeitsbedingungen**

---

## Antragstext

1 Mit dem Jahreswechsel 2022 / 2023 steht Thüringen vor tiefgreifenden  
2 Herausforderungen. Der erneut drohende Abriss von Lieferketten, die Verknappung  
3 und die exponentielle Verteuerung von Rohstoffen und Energie, die durch die  
4 historisch hohe Inflation bedingten Kaufkraftverluste und das zu erwartende  
5 Ansteigen des Pandemiegeschehens werden erhebliche Drücke auf die hiesige  
6 Wirtschaft und die abhängig Beschäftigten mit sich bringen. Zusätzlich verstärkt  
7 werden die zu erwartenden negativen Entwicklungen durch den strukturellen  
8 Fachkräftemangel und die Transformation der Industrie.

9 Thüringen weist im Bundesvergleich immer noch zu wenige betriebliche  
10 Interessenvertretungen und eine viel zu geringe Tarifbindung auf. Die Konsequenz  
11 ist, dass in Thüringen seit Jahren die geringsten Einkommen im Bundesvergleich  
12 gezahlt werden.

13 Wird das bereits heute ablesbare Krisenszenario bittere Realität, so bedarf es  
14 eines konsequenten Regierungshandelns und schneller Entscheidungswege, welche  
15 Arbeitsplätze der verstärkten Unterstützung der Landesregierung benötigen. Aus  
16 Sicht der SPD Thüringen müssen hierbei mitbestimmte und tarifiert entlohnende  
17 Unternehmen oberste Priorität haben.

18 Die SPD-Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert, in enger Abstimmung  
19 mit den Tarif- und Sozialpartnern eine ressortübergreifende Task-Force  
20 einzurichten, einen Kriterien- und Prioritätenkatalog zum Schutz „Guter Arbeit“  
21

22 zu entwickeln und hierzu bisherige Maßnahmen des Landes auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und wo nötig weiterzuentwickeln.

# Antrag

**Initiator\*innen:** Jusos Thüringen

**Titel:** Grunderbe jetzt!

## Antragstext

1 Die Klimakrise, Transformationsprozesse durch Dekarbonisierung oder  
2 Digitalisierung, Krieg in Europa und die daraus resultierende Energiekrise: Seit  
3 langem war keine junge Generation so stark mit Krisen konfrontiert – die  
4 „Generation Krise“. Gleichzeitig sind Aufstiegschancen nach wie vor ungerecht  
5 verteilt. Kinder aus Arbeiter:innenfamilien haben noch immer schlechtere  
6 Ausgangsbedingungen für einen sozialen Aufstieg.

7 Das Versprechen der Politik an die Gesellschaft, für sozialen Aufstieg durch  
8 Leistung und gleiche Startchancen zu sorgen, ist gescheitert.

9 Politik muss die Frage beantworten, wie sichergestellt wird, dass nachfolgende  
10 Generationen in einer gerechteren Welt aufwachsen, die weniger von Krisen  
11 gezeichnet ist. Dazu müssen wir jetzt Maßnahmen ergreifen, um junge Menschen zu  
12 unterstützen und um Ihnen zu zeigen, dass wir ernsthaft an diesem Versprechen  
13 festhalten. Die Einführung eines bedingungslosen Grunderbes ist ein erster und  
14 wichtiger Schritt, dies möglich zu machen. Damit versetzen wir junge Menschen  
15 bspw. in die Lage, sich unabhängig für einen Ausbildungs-, Studien- oder  
16 Lebensort zu entscheiden, sich selbst zu verwirklichen oder ein Unternehmen zu  
17 gründen. Es zeigt aber vor allen Dingen eines: Wir haben Vertrauen in junge  
18 Menschen (und Respekt vor Ihren Entscheidungen).

19 Gleichzeitig ist das Grunderbe ein erster Schritt zu mehr Umverteilung. Erben  
20 ist keine Leistung – es ist eine Lotterie. Genau wie Vermögen sind auch  
21 Erbschaften ungleich in der Gesellschaft verteilt – nicht nur nach arm und  
22 reich, sondern auch nach Ost und West.

23 Wir setzen uns daher für die Einführung eines bedingungslosen Grunderbes in Höhe  
24 von 20.000 Euro für alle Bürger:innen ein, die das 18. Lebensjahr erreicht  
25 haben. Das Grunderbe wird dabei nicht auf andere Sozialleistungen angerechnet.

E1\*

# Antrag

**Initiator\*innen:** OV Mühlhausen

**Titel:** Solidarität mit der Ukraine!

## Antragstext

1 Die SPD Thüringen steht solidarisch an der Seite der Ukraine. Wir verurteilen  
2 den Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine scharf. Der deutsche  
3 und europäische Ansatz „Wandel durch Handel“ als Beitrag zur Annäherung ist  
4 gescheitert. Auch wir als SPD Thüringen haben ihn jahrelang verteidigt und die  
5 Aufhebung der aufgrund der Krim-Annexion verhängten Sanktionen gegen Russland  
6 gefordert. Das war ein Fehler. Wir stehen uneingeschränkt zu den Sanktionen der  
7 Europäischen Union und befürworten die Waffenlieferungen an die Ukraine. Die  
8 Thüringer:innen haben seit dem 24.02.2022 Beachtliches geleistet. Sie haben  
9 Spenden gesammelt, Hilfskonvois organisiert und viele Geflüchtete aufgenommen.  
10 Dafür gilt den Ehrenamtlichen ein großer Dank. Die große Solidarität darf gerade  
11 jetzt nicht abreißen. Die vielen Ehrenamtlichen brauchen staatliche  
12 Unterstützung.

13 Wir fordern die stärkere finanzielle Unterstützung der dezentralen  
14 Beratungsstrukturen durch den Freistaat. Die Flüchtlingssozialarbeit muss  
15 ebenfalls aufgestockt werden. Die Einstellung zusätzlicher Kräfte für  
16 Dolemtscherdienste ist zwingend erforderlich. Die Kommunen brauchen eine an den  
17 tatsächlich anfallenden Kosten orientierte Entlastung für die Unterbringung der  
18 Geflüchteten.

19 Bis zum 24.02.2022 war die Ukraine für viele ein weißer Fleck auf der Karte, ein  
20 Teil der ehemaligen Sowjetunion. Dabei ist die Ukraine nicht weniger als das  
21 zweitgrößte Land Europas, mit einer eigenen Kultur, Sprache und Traditionen.  
22 Deshalb muss mehr Geld in die Erforschung der Geschichte und Gegenwart Ost-  
23 (Mittel-)europas fließen. Vorhandene Expertisen zum Raum Ukraine, aber auch  
24 Belarus, Polen, Baltikum und Russland muss stärker gefördert und ausgebaut

25 werden. Nationale Spezifika im Kontext der Gesamtregion müssen stärker  
26 beleuchtet werden. Ein enger Kulturaustausch zwischen den beiden Ländern ist  
27 längst überfällig.

28 Die SPD Thüringen setzt sich dafür ein, dass Thüringen mit einer ukrainischen  
29 Oblast eine Partnerschaft eingehen kann. Gleichzeitig soll die Landesregierung  
30 mit den Kommunen über die Verstärkung der städtepartnerschaftlichen Beziehungen  
31 sprechen. Gleichzeitig braucht es ein Budget für ukrainisch-deutsche  
32 Schulpartnerschaften. Wir setzen uns dafür ein, dass Thüringen die Möglichkeit  
33 schafft, an ersten Modellschulen Ukrainisch-Unterricht als zweite Fremdsprache  
34 anzubieten.

35 Neben sozial-, bildungs-, und kulturpolitischen Aspekten muss die Ukraine auch  
36 wirtschaftspolitisch für Thüringen eine Rolle spielen. Der Freistaat kann dazu  
37 beitragen, eine engere Verflechtung der deutschen und ukrainischen Wirtschaft zu  
38 ermöglichen. Hierzu soll ein regelmäßiges wirtschaftspolitisches Format mit der  
39 Ukraine erarbeitet werden.

F1\*

# Antrag

**Initiator\*innen:** Jusos Thüringen

**Titel:** Schuldenbremse ausbremsen

## Antragstext

1 Als SPD fordern wir Investitionen in die sozialen Sicherungssysteme, in ein  
2 robustes Gesundheitswesen, in eine konsequente sozial-ökologische Energiewende,  
3 in sozialen Wohnungsbau, Bildung, Mobilität, in Digitalisierung und politische  
4 und soziale Teilhabe. Diese überfälligen, aber erheblichen Aufgaben sind nur  
5 mittels öffentlicher Investitionen zu erreichen.

6 Im Jahr 2009 implementierte der Gesetzgeber eine Deckelung öffentlicher  
7 Investitionen im Grundgesetz - die sogenannte Schuldenbremse. Artikel 109 III GG  
8 legt ein grundsätzliches Verbot von struktureller Neuverschuldung für die Länder  
9 und ein maximales Neuverschuldungsniveau von 0,35 Prozent für den Bund fest.  
10 Ausnahmen von der Schuldenbremse sind nur bei außergewöhnlichen Ereignissen wie  
11 schweren Naturkatastrophen oder Wirtschaftskrisen vorgesehen.

12 Als Reaktion auf die Corona-Krise wurde die Schuldenbremse vorläufig ausgesetzt.  
13 Erst die Aussetzung ermöglichte sowohl die notwendigen Krisenmaßnahmen der  
14 Bundesrepublik als Reaktion auf die Pandemie, als auch auf die bisherigen  
15 sozialen Ausgleichsmaßnahmen aufgrund der gestiegenen Energie- und  
16 Lebensmittelpreise. 2023 soll sie allerdings wieder greifen.

## 17 **Die Schuldenbremse als undemokratische Investitionsbremse**

18 Ausgehend von einem fehlgeleiteten Verständnis von Generationengerechtigkeit und  
19 dem Sparen als Selbstzweck verankerte der Gesetzgeber mit der Schuldenbremse  
20 einen Mechanismus, der seine eigene Handlungsfähigkeit insbesondere in den  
21 Bereichen öffentlicher Investitionen in Daseinsvorsorge, sozialpolitischen  
22 Instrumenten sowie aktiver und gestaltender Wirtschaftspolitik nachhaltig

23 beschränkt. Das Haushaltsrecht ist die entscheidende Kompetenz des Parlaments.  
24 In Zeiten, in denen entscheidende Zukunftsaufgaben gelöst werden müssen,  
25 bedeutet eine solche Deckelung die Beraubung politischen Handlungsspielraums für  
26 progressive sozialdemokratische Politik, die den Anspruch hat, für kommende  
27 Generationen das Versprechen auf eine bessere Zukunft einzulösen.

### 28 **Die Krisenuntauglichkeit der Schuldenbremse**

29  
30 Nicht zuletzt das Instrument des Sondervermögens führt die Schuldenbremse ad  
31 absurdum. Sowohl das Sondervermögen für die Bundeswehr als auch der Klima- und  
32 Transformationsfonds sind indirekte Eingeständnisse, dass die Zukunftsaufgaben  
33 nicht bei gleichzeitigem Beibehalten der Schuldenbremse zu erreichen sind.  
34 Während der Bund mit Sondervermögen und Kreditermächtigungen für bundeseigene  
35 Unternehmen versucht, die Schuldenbremse zu umgehen, wo er nur kann, werden die  
36 Länder und insbesondere die Kommunen, die kaum die Möglichkeit haben, die  
37 Schuldenbremse zu umgehen, besonders belastet. Ausgeglichene Haushalte der  
38 letzten Jahre wurden durch einen Sanierungsstau an der öffentlichen und sozialen  
39 Infrastruktur erkaufte. Der schwarzen Null stehen marode Brücken, kaputte Schulen  
40 und geschlossene Schwimmbäder gegenüber, die im Haushalt nicht erfasst werden,  
41 aber de facto die Bürger:innen erheblich belasten. Stattdessen fehlen bis heute  
42 Belege (national und international), dass Fiskalregelungen zur Deckelung der  
43 Neuverschuldung Schuldenquoten tatsächlich verringern. Eine solche prozyklische  
44 Finanzpolitik kann durch negative Effekte auf Steuereinnahmen, Arbeitslosigkeit  
45 und das Bruttoinlandsprodukt Volkswirtschaften sogar zusätzlich destabilisieren.  
46

### 47 **Die SPD Thüringen setzt sich dafür ein,**

- 48 • dass die vorübergehende Aussetzung der Schuldenbremse auch über das Jahr  
49 2022 kurzfristig verlängert wird.
- 50 • dass die Schuldenbremse mittelfristig vollständig aus dem Grundgesetz  
51 gestrichen wird.

52 Nur so können die finanzielle Handlungsfähigkeit des Bundes, der Länder und  
53 damit auch der Kommunen wiederhergestellt und erhebliche Kürzungen der  
54 Sozialausgaben und Investitionsmittel in zukünftigen Haushalten vermieden  
55 werden.

Q1\*

# Antrag

**Initiator\*innen:** AG Queer

**Titel:** Mit Respekt für ein vielfältiges Thüringen!

## Antragstext

1 Die Gesellschaft ist bunt und vielfältig. Jede\*r sollte selbstbestimmt leben und  
2 lieben können – ganz gleich, mit welcher geschlechtlichen Identität oder  
3 sexuellen Orientierung sich eine Person identifiziert. Damit das so bleibt,  
4 setzen wir uns als SPD Thüringen auch weiterhin für ein tolerantes, vielfältiges  
5 und weltoffenes Thüringen ein. Der Diskriminierung, Gewalt und Hasskriminalität  
6 gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans\* und inter\*geschlechtliche sowie queere  
7 Menschen werden wir auch zukünftig aktiv entgegenzutreten und uns für eine  
8 rechtliche & gesellschaftliche Gleichstellung aller stark machen.

9 Das von rot-rot-grün verabschiedete Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt  
10 bildet eine gute Grundlage, um das Leben von LSBTIQ\* zu verbessern. Das Programm  
11 rückt das Thema weiter in den Mittelpunkt und verfolgt das Ziel, die Akzeptanz  
12 und Vielfalt in Thüringen zu fördern sowie in Politik, Verwaltung und  
13 Gesellschaft zu thematisieren. Damit die enthaltenen Maßnahmen auch  
14 vollumfänglich umgesetzt sowie die vielfältigen Initiativen von LSBTIQ\*  
15 unterstützt werden können, setzen wir uns für eine Mittelerhöhung, für die  
16 Gewährleistung einer überjährigen Förderung, den Ausbau der  
17 zivilgesellschaftlichen Koordinierungsstelle des Landesprogrammes für Akzeptanz  
18 und Vielfalt sowie die Ernennung einer\*eines Beauftragten des Landes für  
19 Antidiskriminierung und queere Menschen ein. Des Weiteren werden wir das  
20 Landesprogramm alsbald evaluieren sowie gegebenenfalls fortschreiben.

21 Das Vermitteln von Akzeptanz und Toleranz beginnt in der Kita, Schule und im  
22 Jugendtreff. Dafür braucht es sowohl einen vorurteilssensiblen Umgang mit  
23 Kindern und Jugendlichen sowie einen geeigneten Platz in Gespräch und  
24 Unterricht. Die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität darf dabei

25 kein Tabuthema mehr darstellen. Deshalb machen wir uns für die Aufnahme des  
26 Themenfeldes LSBTIQ\* in den Thüringer Lehrplan und für die Entwicklung LSBTIQ\*-  
27 inklusiver Bildungsmaterialien stark. Zudem unterstützen wir  
28 Schulaufklärungsprojekte ausdrücklich. Als ein wesentlicher Teil der Bildung  
29 tragen sie zur Aufklärung über Akzeptanz und Vielfalt,  
30 Diskriminierungsprävention sowie Gesundheitsberatung bei.

31 LSBTIQ\*-Menschen mit ihren Lebenslagen müssen zukünftig in Regelstrukturen eine  
32 angemessene Berücksichtigung finden. Die SPD Thüringen setzt sich deshalb dafür  
33 ein, Menschen in pädagogischen Berufen in Aus- und Weiterbildung durch  
34 verpflichtende Module hinsichtlich verschiedener Lebensweisen und LSBTIQ\* zu  
35 sensibilisieren, um die "Regenbogenkompetenz" an unseren Schulen, Kitas und  
36 Jugendeinrichtungen zu stärken. Wir werden Strukturen der queeren Szene,  
37 insbesondere bei der Errichtung queerer Zentren als Bildungs- und Begegnungsorte  
38 sowie als Anlaufstellen für Betroffene von Diskriminierung und Feindlichkeit  
39 stärker fördern. Um flächendeckende Angebote zu gewährleisten, sollen queere  
40 Themen in die bestehende Jugendarbeit – mit besonderer Berücksichtigung des  
41 ländlichen Raumes – integriert werden.

42 Im Gesundheitswesen nehmen wir die besonderen Bedürfnisse queerer Menschen,  
43 insbesondere von trans\* Personen, stärker in den Blick. Weiterhin treten wir  
44 dafür ein, der Diskriminierung bei der Blutspende von Männern, die Sex mit  
45 Männern haben sowie trans\* Personen, ein Ende zu setzen. Die Angebote der HIV-  
46 und STI-Prävention, Beratung und Testung werden wir stärken.

47 Die SPD Thüringen setzt sich des Weiteren für queere Menschen im Alter ein. Um  
48 Diskriminierung, beispielsweise in betreuten Wohnverhältnissen, vorzubeugen,  
49 wollen wir durch die Etablierung queer-sensibler Qualifizierung und  
50 Zertifizierung (unter anderem durch ein bundesweit einheitliches  
51 Qualitätssiegel) in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen sowie in  
52 Hospizen zielgruppensensible Pflege für LSBTIQ\* und die Sensibilisierung  
53 Pfleger für den alltäglichen Umgang mit Pflegebedürftigen dieser Zielgruppe  
54 fördern. Darüber hinaus unterstützen wir queere Senior\*innen-Arbeit und machen  
55 uns für queere Wohnprojekte, etwa in Mehrgenerationenhäusern für einen  
56 generationenübergreifenden Austausch stark.

57 Hass, Gewalt und Aggressionen gegen LSBTIQ\* sind in Deutschland gesellschaftlich  
58 fest verankert. Die Anzahl registrierter Fälle von Hasskriminalität und damit  
59 auch von Übergriffen auf queere Personen ist in den letzten Jahren in Thüringen  
60 deutlich angestiegen. Dabei liegt die Dunkelziffer nach Auffassung vieler  
61 Expert\*innen aufgrund der niedrigen Anzeigebereitschaft bei 80 - 90 %. Die  
62 Gründe dafür sind vielschichtig. Zum einen liegt es an Scham und Angst der Opfer  
63 vor einem unfreiwilligen Coming Out, davor, von Behörden nicht ernst genommen zu

64 werden oder an einem grundlegenden Misstrauen gegenüber der Polizei aufgrund  
65 negativer Erfahrungen und vermuteter Queerfeindlichkeit. Aber auch fehlende  
66 Sensibilität und unzureichendes Wissen seitens der Beamt\*innen, insbesondere bei  
67 der Aufnahme am Tatort oder bei der Anzeige, spielen eine Rolle. Als SPD  
68 Thüringen verurteilen wir jede Form von Hasskriminalität auf Schärfste und  
69 setzen uns aktiv für die Aufarbeitung, Präventions- und Sensibilisierungsarbeit  
70 sowie die Schaffung von hauptamtlichen LSBTIQ\*-Ansprechpartner\*innen in Polizei  
71 und Justiz ein. Wir streben ein gemeinsames Programm von Bund und Ländern gegen  
72 queerfeindliche Gewalt und die Initiierung einer Kampagne gegen Homo-, Bi-,  
73 trans\*- und inter\*-Feindlichkeit an.

74 Queere Geflüchtete erfahren oftmals in ihren Herkunftsländern Verfolgung und  
75 Gewalt seitens des Staates, der Familie oder Gesellschaft. Auch "nach" ihrer  
76 Flucht sind sie in Deutschland von Rassismus sowie Queerfeindlichkeit betroffen,  
77 weshalb sie breitere Unterstützung, Anerkennung und einer besonderen Beachtung  
78 bedürfen. Die SPD Thüringen tritt daher für die Entwicklung von Schutzkonzepten  
79 in Gemeinschaftsunterkünften bis hin zu besonderen Schutzräumen für queere  
80 Geflüchtete ein.

81 Die SPD Thüringen macht sich stark für die notwendige historische Aufarbeitung  
82 der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Menschen und des darauffolgenden  
83 Umgangs mit den Opfern. Weiter unterstützen wir die Forderung zur  
84 Sichtbarmachung und Dokumentation der LSBTIQ\*-Geschichte in Thüringen,  
85 insbesondere die Aufarbeitung und Dokumentation von LSBTIQ\*-Biografien und -  
86 Erfahrungen in der Nachkriegszeit, in der DDR und nach der Wende.

87 Im Bund unterstützen wir weiterhin die vollständige rechtliche Gleichstellung  
88 aller Mitglieder der LSBTIQ\* Community. Insbesondere die Ergänzung von Artikel 3  
89 Absatz 3 GG um die „sexuelle und geschlechtliche Identität“, die Abschaffung des  
90 Transsexuellengesetzes (TSG) zugunsten eines modernen Selbstbestimmungsgesetzes,  
91 die Reform des Abstammungsrechts sowie die gesetzliche Verankerung der  
92 Verantwortungsgemeinschaft treiben wir voran.

# Antrag

**Initiator\*innen:** AfA Thüringen

**Titel:** **Umstieg auf Erneuerbare Energie in Thüringen – zügig, bezahlbar und sicher: Unser Fahrplan bis 2032**

---

## Antragstext

1 Der Umstieg auf Erneuerbare Energie hat durch Russlands Angriffskrieg auf die  
2 Ukraine eine noch höhere Dringlichkeit bekommen. Dabei bleibt für uns  
3 Sozialdemokrat:innen das oberste Ziel, eine bezahlbare, sichere und  
4 schnellstmöglich auch klimaneutrale Versorgung mit Energie für die privaten  
5 Haushalte, die öffentliche Hand und die Unternehmen sicher zu stellen. Der  
6 Ausstieg aus den fossilen Energieträgern und der Umstieg auf die Erneuerbaren  
7 Energien ist für uns als Gesellschaft auch eine große Chance, die Wertschöpfung  
8 in der Region auszubauen, Abhängigkeiten zu verringern und die Energiesicherheit  
9 durch eine dezentrale Versorgungsstruktur unter Beteiligung vieler Menschen zu  
10 demokratisieren. Dieser vorliegende Fahrplan dient dazu, den Ausbaupfad von  
11 Erneuerbarer Energie in Thüringen für die kommenden Jahre abzustecken. Wir bauen  
12 dabei auf die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte auf.

13 Thüringen ist derzeit zu rund 75 Prozent Energieimportland. Der Umstieg auf die  
14 Erneuerbaren Energien ermöglicht uns eine deutliche Reduzierung des Imports und  
15 damit auch mehr Unabhängigkeit von außen. Dabei sind Windkraft und Photovoltaik  
16 technisch gut ausgereift, kostengünstig, am Markt erprobt und schnell  
17 erweiterbar. Berechnungen zeigen: Wenn man deutschlandweit die möglichen  
18 Erneuerbaren Energieträger bezogen auf verfügbare Fläche und Energiepotenzial  
19 auf den benötigten Energiebedarf verteilt, so ist es machbar, davon 45 Prozent  
20 durch Windkraft, 31,5 Prozent durch Photovoltaik, 13,5 Prozent durch Biomasse, 9  
21 Prozent durch Geothermie und 1 Prozent durch Wasserkraft zu gewinnen. Mit Blick  
22 auf die geografischen Voraussetzungen ist daher eine Schwerpunktsetzung auf  
23 Windkraft und Photovoltaik sinnvoll.

24 Flankierend bedarf es einer Strategie zur Senkung des Energieverbrauchs. Gerade  
25 in der aktuell angespannten Versorgungssituation müssen wir auf alle verfügbaren  
26 Einsparpotenziale zurückgreifen.

27 Vor über 10 Jahren haben wir uns das Ziel gesteckt bis 2020 zwanzig Prozent des  
28 primären Bedarfs an Energie von Thüringen aus erneuerbaren Quellen zu decken.  
29 Aktuell sind es bereits über 23 Prozent. Bei der Stromproduktion aus  
30 erneuerbaren Quellen haben wir in zwei Jahrzehnten den Anteil sogar  
31 versiebenfacht. Wir brauchen jetzt einen klaren Ausbaupfad, um in den nächsten  
32 10 Jahren bis 2032 sicher, regional, regenerativ und vor allem bezahlbar  
33 Thüringen weiter mit Energie zu versorgen.

34 Zehn Meilensteine auf dem Weg zu Erneuerbarer Energie:

### 35 **1. Sozial gerecht und bezahlbar – Leistbare Grundversorgung für alle**

36 Die Bezahlbarkeit der Energiepreise ist ein entscheidender Gradmesser für die  
37 Akzeptanz Erneuerbarer Energien in der Bevölkerung. Genau dies wollen wir auch  
38 weiterhin erhalten. Steigende Energiepreise belasten alle, doch besonders die,  
39 welche ihre Heizung nicht wechseln und keinen weiteren Strom einsparen können.  
40 Für zur Miete Wohnende und Menschen mit veralteten Heizungssystemen, aber auch  
41 für Betriebe mit besonderem Energiebedarf sind die derzeit stark steigenden  
42 Energiekosten teilweise bereits existenzbedrohend. Daher fordern wir folgende  
43 Maßnahmen:

- 44 a. Das Soziale Klimageld als anrechnungsfreie Umlage der CO<sub>2</sub> Steuer muss  
45 schnellstens durch den Bund auf  
46 den Weg gebracht werden, damit eine schnelle und dauerhafte Entlastung der  
47 Verbraucher:innen bei den Energiekosten sichergestellt wird und gleichzeitig  
48 Anreize zur Einsparung gesetzt werden.
- 49 b. die Einrichtung eines Thüringer Energie-Härtefallfonds als sofortige Nothilfe  
50 für private Haushalte, die durch steigende Energiepreise von akuter Energiearmut  
51 extenziell bedroht sind.
- 52 c. ein Ausbau der Beratungsangebote (Lebens- und Familienberatung,  
53 Schuldnerberatung, Verbraucherberatung auch als mobiles Angebot) für Menschen,  
54 die sich zum Thema Energie-Einsparung oder -Umstellung oder zu  
55 Unterstützungsleistungen zur Sicherstellung der Versorgung beraten lassen  
56 wollen, zusätzlich die Entwicklung einer Informationskampagne des Landes  
57 Thüringen.
- 58 d. ein Schutzschirm des Bundes für kommunale Versorgungsunternehmen und  
59 Grundversorger, damit diese, trotz der gestiegenen Preise und möglichen  
60 Ausfallrisiken, die Energie- und Wärmeversorgung als Teil der öffentlichen  
61 Daseinsvorsorge auch weiterhin gewährleisten können.

- 62 e. Eine bundesweite Verlängerung des Strom- und Gassperren-Moratoriums ist die  
63 Grundlage, um gemeinsam mit den Betroffenen und Versorgungsunternehmen einen  
64 dauerhaften Verzicht auf entsprechende Sperren auf den Weg zu bringen.
- 65 f. Die Einführung einer Gaspreisbremse für ein bestimmtes auf die Haushaltgröße  
66 angepasstes Gas-Grundkontingent. Diese soll die von der Bundesregierung geplante  
67 Strompreisbremse um eine angemessene und schnelle Entlastung der Bürger\*innen im  
68 Wärme-Bereich ergänzen.
- 69 g. Die Bereitstellung von Bürgschaften für kommunale Versorger und soziale  
70 Unternehmen, um diese bei steigenden Energiekosten durch einen Schutzschirm vor  
71 Insolvenzen zu schützen.

## 72 **2. Stabile, flexible und dezentrale Netze – Netzausbau an den Bedarf anpassen**

73 Die Versorgung mit Energie und Energieträgern wird durch ein enges, mit den  
74 europäischen Nachbarländern gesponnenes Netz sichergestellt. Thüringen wird in  
75 Zukunft den Import an Energie und Energieträgern weiter reduzieren und durch  
76 regionale Erzeugungskapazitäten kompensieren können. Hierfür braucht es  
77 aufnahmefähige Netze für Strom, Wärme, Wasserstoff- und Biogase. Der Netzausbau  
78 ist einer der zentralen Flaschenhälse, der den Zubau bremst und die  
79 Versorgungssicherheit gefährdet. Die Devise muss lauten: Vorhandene Anlagen  
80 besser nutzen, Rückbau vermeiden und den Netzanschluss erhöhen. Daher fordern  
81 wir  
82 folgende Maßnahmen:

- 83 a. Netzentgelte gerecht verteilen. Eine bundesweite Aufteilung der  
84 Anschlusskosten der Erneuerbaren Energien stärkt die Akzeptanz vor Ort. Das  
85 gemeinsame Netz darf nicht verstärkt auf Kosten der Ausbauregionen erneuert  
86 werden.
- 87 b. Vorhandene Biomasseanlagen sollen, wo ökonomisch sinnvoll, neben der Strom-  
88 auch durch die Einspeisung von Wärme in die Nahwärmenetze eine mittelfristige  
89 Perspektive erhalten.
- 90 c. Die Netzinfrastruktur selbst wird zusätzlich eine immer wichtigere Rolle bei  
91 der Speicherung von Energie spielen. Dabei ist die direkte anwendungsbezogene  
92 Nutzung von Strom der effizienteste Weg. Daher muss der Stromnetzausbau  
93 Priorität bekommen.
- 94 d. Vorhandene Erdgasnetze vom Übertragungsnetz bis zum Abnehmer können auch für  
95 die erneuerbaren Energieträger weitergenutzt werden. Dafür braucht es  
96 Zugangspunkte für Wasserstoff und Biogas sowie ein aufnahmefähiges Netzwerk.

## 97 **3. Mehr Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren: Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen**

99 Der schnelle Ausbau der Erneuerbaren Energien kann nur gelingen, wenn die

100 Planungs- und Genehmigungsverfahren praxisorientiert, einheitlich und klar sind.  
101 Dabei wird eine kluge Kombination aus bundeseinheitlichen Standards,  
102 landesplanerischen Vorgaben und kommunalen Entscheidungsspielräumen benötigt.  
103 Daher fordern wir folgende Maßnahmen:

- 104 a. Eine Priorisierung der Konzentrationsplanung (Ausweisung von Flächen für  
105 Windparks statt breit gestreute einzelne Windräder) für Erzeugungskapazitäten  
106 ist notwendig, um schnell eine effektive Netzeinspeisung des erzeugten Stroms zu  
107 ermöglichen. Dies senkt auch die Anschlusskosten.
- 108 b. Kommunen muss ermöglicht werden, den Mindestabstand zu Windkraftanlagen bei  
109 Bedarf im Einzelfall auch zu unterschreiten.
- 110 c. Es braucht standardisierte Genehmigungsverfahren, die bundesweite Standards  
111 mit den regionalen Gegebenheiten und den Bedürfnissen der Menschen  
112 nachvollziehbar zusammenbringen. Ziel ist eine Ermöglichungsplanung und keine  
113 Verhinderungsplanung.
- 114 d. Eine anwendungsorientierte Modellregion für Agri-Photovoltaik kann die  
115 Potenziale dieses Konzeptes erproben und soll 2023 auf den Weg gebracht werden.
- 116 e. Freiflächen-Photovoltaik darf nicht zur Verdrängung der landwirtschaftlichen  
117 Produktion führen. Größere Anlagen sind an Schienen und Verkehrswegen zu  
118 bündeln.
- 119 f. Photovoltaik auf den zahlreichen Bestandsgebäuden hat noch enorme  
120 Ausbaupotenziale. Die öffentliche Hand hat hier Vorbildcharakter und muss diese  
121 Flächen verstärkt nutzen. Zudem müssen beispielsweise die Denkmalschutzbehörden  
122 die Genehmigungsverfahren stärker angleichen, um den Einsatz von Erneuerbaren  
123 Energien auch in besonders erhaltenswerten Gebäuden zu ermöglichen.
- 124 g. Das Repowering von bestehenden Windkraftanlagen muss mit dem Ziel der  
125 Leistungssteigerung flächendeckend vorgebracht werden.

#### 126 **4. Speichertechnik weiterentwickeln: Speicherforschung fördern und mit lokalen** 127 **Akteur:innen in die Anwendung überführen**

128 Ein dezentrales Netz lebt von dezentralen Speichern. Für einen optimierten und  
129 preisgünstigen Einsatz von Speichern braucht es eine bessere Vernetzung zwischen  
130 Verbraucher:innen, Erzeuger:innen und Speicherkapazitäten. So lassen sich durch  
131 die digitale Erfassung von Bedarf, Speicherfüllstand und Erzeugungskapazitäten  
132 effiziente und versorgungsstabile Netze aufbauen. Die Kapazitäten der Batterie-  
133 und Wärmespeicher sowie der Pumpspeicherkraftwerke sind neben dem Netzausbau der  
134 zweite Flaschenhals beim Umbau der Energieversorgung. Daher fordern wir folgende  
135 Maßnahmen:

- 136 a. Die Potentiale der Sektorenkopplung für die Erhöhung der Energieeffizienz und  
137 das Netz als Speicher ausschöpfen. Dafür werden wir die Sektoren Strom, Wärme,  
138 Industrie und Mobilität koppeln und eine integrierte Thüringer Energiestrategie

139 erstellen, die insbesondere auf die Senkung des Energiegesamtverbrauchs in allen  
140 Sektoren, die Erhöhung der Energieeffizienz und die Elektrifizierung von  
141 Industrie, Wärme und Verkehr setzt.

142 b. Die Batterie- und Speicherforschung hat im Freistaat einen bundesweiten  
143 Schwerpunkt. Diesen Vorsprung wollen wir nutzen und den Forschungsinstituten  
144 ermöglichen, den Einsatz von modernsten Speichertechnologien für Strom praxisnah  
145 und anwendungsorientiert in eine breite Anwendung zu überführen.

146 c. In den nächsten Jahren braucht es für die Überbrückung auch weitere  
147 Gasspeicherkapazitäten, um die Versorgungssicherheit weiter zu gewährleisten.  
148 Diese sollen für die Versorgungsunternehmen besser zugänglich und nutzbar  
149 gemacht werden.

150 d. Insbesondere wird die SPD-Landtagsfraktion gebeten sich beim Thüringer  
151 Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz, sowie dem Thüringer Ministerium  
152 für Infrastruktur und Landwirtschaft mit Nachdruck dafür einzusetzen,  
153 raumordnerische Genehmigungsprozesse wie beispielweise für  
154 Photovoltaikfreiflächenanlagen spürbar zu beschleunigen

## 155 **5. Sicherung des Fachkräftebedarfs: Für eine Wertschöpfung in der Region**

156 Insgesamt werden bis zum Jahr 2030 in Thüringen voraussichtlich rund 350.000  
157 Fachkräfte benötigt, um neue bzw. freiwerdende Stellen zu besetzen. Dies hat  
158 auch Auswirkungen auf die Umsetzung der Energiewende. Wir werden jetzt die  
159 Weichen stellen, um in eine gute und breitaufgestellte schulische, berufliche  
160 und weiterqualifizierende Bildungslandschaft zu investieren. Daher fordern wir  
161 folgende Maßnahmen:

162 a. Je mehr Erneuerbare Energien eingesetzt werden und in den lokalen  
163 Wertschöpfungsketten durch Entwicklung, Bau, Installation, Wartung, Betrieb und  
164 Recycling verankert sind, desto günstiger werden diese. Damit dies gelingt,  
165 brauchen wir Fachkräfte im Handwerk, Industrie, Planung und Verwaltung. Die  
166 Energiewende hat bereits Tausende Arbeitsplätze in Thüringen ermöglicht. Wir  
167 brauchen jetzt eine Initiative für Ausbildung, Umschulung und Weiterbildung für  
168 die genannten Bereiche.

169 b. Zahlreiche Unternehmen, auch im Handwerk, stehen in den nächsten Jahren vor  
170 der Nachfolgefrage. Wir werden weiterhin aktiv unterstützen, um diese Übergänge  
171 erfolgreich zu gestalten und dem Handwerk in Thüringen weiterhin die besten  
172 Rahmenbedingungen zu geben.

## 173 **6. Durch mehr Beteiligung die Akzeptanz erhöhen – Der Schlüssel zu mehr** 174 **dezentraler Produktion und Wertschöpfung**

175 Die Energiewende funktioniert dort besonders gut, wo sich Menschen aktiv oder  
176 passiv am Ausbau der Erzeugungskapazitäten sowie der Nutzung der Erneuerbaren  
177 Energien für den eigenen Bedarf beteiligen können. Insbesondere die finanzielle  
178 Beteiligung hat in Thüringen noch große Potenziale. Sie ermöglicht es auch  
179 privaten Erzeugergemeinschaften zu investieren und lässt die Wertschöpfung am  
180 Ort der Entstehung ihre Wirkung für die Menschen entfalten. Ein Teil der Gewinne  
181 muss der öffentlichen Hand und den Anwohner:innen zustehen. Dafür wollen wir da,  
182 wo es sinnvoll und praktikabel ist, Bürger:innen aktive  
183 Beteiligungsmöglichkeiten anbieten. Daher fordern wir folgende Maßnahmen:

184 a. Thüringen braucht ein Windenergiebeteiligungsgesetz. Dieses ermöglicht zum  
185 einen den anliegenden Gemeinden eine unbürokratische finanzielle  
186 Gewinnbeteiligung, welche nicht mit dem Kommunalen Finanzausgleich verrechnet  
187 werden soll. Zum anderen wird es durch das Gesetz möglich sein, sich direkt am  
188 Windrad zu beteiligen.

189 b. Die Förderung von Energiegenossenschaften ist ein weiteres Instrument zur  
190 Stärkung einer lokalen Wertschöpfung.

191 c. Wir wollen, dass Anwohner:innen u.a. im definierten Umkreis um  
192 Windenergieanlagen direkt günstigen Windstrom per Bürger:innentarif beziehen  
193 können. Hierfür werden wir die entsprechenden Regelungen anpassen.

194 d. Direkte Bürger:innenbeteiligung an Stadtwerken und an kommunalen  
195 Energieversorgern bietet für beide Seite Vorteile. Gemeinsam können die  
196 wichtigen Aufgaben der Grundversorgung vor Ort getragen und die  
197 Versorgungssicherheit mit breiter Akzeptanz sichergestellt werden.

## 198 **7. Effizienzreserve im Bestand nutzen: Modernisierung von bereits genutzten** 199 **Energiequellen und höchste Effizienz bei Investitionen**

200 Die stille Reserve der Energiewende ist die Optimierung im Bestand.  
201 Kraftwärmekopplung, Kaskadennutzung, Modernisierung und sektorenübergreifende  
202 Zusammenarbeit u. a. haben in den letzten Jahren die Effizienz beim Einsatz von  
203 Energie deutlich erhöht. Gerade im Gebäude- und Verkehrssektor sind aber nach  
204 wie vor große stille Reserven durch bessere Nutzung in Prozessen zu heben. Daher  
205 fordern wir folgende Maßnahmen:

206 a. Das Abwärmekataster zeigt hohe Potenziale bei den Unternehmen in Thüringen.  
207 Um diese zu nutzen, braucht es Konzepte zum innerbetrieblichen Einsatz oder zur  
208 Einspeisung in Wärmenetze. Zur Umstellung auf eine integrierte Nutzung dieser  
209 Anlagen braucht es die Anwendung bestehender und die Entwicklung weiterer  
210 Förderinstrumente sowie ein Beratungsangebot zur Identifizierung von  
211 Einsparpotenzialen.

212 b. Steigende Preise für Öl, Gas und Kohle führen schon jetzt dazu, dass sich  
213 Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und Neuinvestitionen

214 marktwirtschaftlich rechnen. Investitionen in die preisgünstigeren Erneuerbaren  
215 Energien werden hierdurch vor allem für Großverbraucher, insbesondere von Gas  
216 attraktiv. Für die Dekarbonisierung von Unternehmen braucht es ein  
217 Beratungsangebot zum effizienten Einsatz von Energie und zum Umstieg auf  
218 Erneuerbare.

219 c. Wer einsparen kann, soll auch dafür einen Gegenwert erhalten. Daher sind für  
220 uns Maßnahmen wie die Einführung eines Energiesparbonus für private und  
221 öffentliche Einrichtungen eine praktikable Option, den Verbrauch von fossilen  
222 Energien zu reduzieren.

## 223 **8. Wärme- und Kälteversorgung von Gebäuden optimieren: Große Herausforderung mit** 224 **hohem Einsparungspotenzial**

225 Fast 1,2 Millionen Gebäude gibt es in Thüringen, 534.000 davon sind Wohngebäude  
226 und 658.00 Nichtwohngebäude. Bisher werden lediglich 65.000 mit Erneuerbaren  
227 Energien beheizt. 52 Prozent des Endenergieverbrauchs in Thüringen wird für die  
228 Erzeugung von Wärme benötigt. Hunderttausende Gebäude müssen zudem in den  
229 nächsten Jahren saniert werden. Auch die öffentlichen Gebäude stehen vor dieser  
230 Herausforderung. Daher fordern wir folgende Maßnahmen:

231 a. Es gilt Nahwärmenetze auszubauen und Fernwärmeangebote zu erhalten. Für  
232 Neubau- und Sanierungsgebiete müssen Nahwärmenetze der neue Standard sein. Wir  
233 wollen die bestehenden Förderungen hierauf ausrichten. Fernwärme- und  
234 Nahwärmesatzungsgebiete sind aufgrund der höheren Effizienz dem vermehrten  
235 Einsatz von Wärmepumpen vorzuziehen.

236 b. Um mit Weitsicht Netze und Erzeugungskapazitäten zusammenzudenken, braucht es  
237 eine kommunale Wärmeplanung, welche die verschiedenen Potenziale zusammenführt.

238 c. Die Tiefengeothermie kann insbesondere zum Betrieb größerer Wärmenetze  
239 sinnvoll eingesetzt werden. Thüringen verfügt zudem über erhebliche Potenziale  
240 für die kleinteilige Versorgung mit oberflächennaher Geothermie. Die Potenziale  
241 dieser Technologien müssen zügig erschlossen werden.

242 d. Investition in die energetische Gebäudesanierung brauchen Förderung und  
243 sollen auch da ermöglicht werden, wo der demographische Wandel zu erhöhten  
244 Leerständen geführt hat. Moderne energiesparenden Häuser erhöhen die  
245 Attraktivität einer Region.

246 e. Für die schnelle Umstellung von privaten Heizungsanlagen ist der Einsatz von  
247 WärmeContracting (Miet-Heizung) eine gute Option. Hierbei müssen Haus- bzw.  
248 Wohnungseigentümer nicht in Vorleistung gehen. So kann ein schneller,  
249 bezahlbarer und effizienter Heizungstausch gelingen und der Gasverbrauch zügig  
250 reduziert werden.

## 251 **9. Verkehrswende beschleunigen: Mobilität darf nicht zum Flaschenhals der** 252 **Energiewende werden**

253 Thüringen braucht einen flächendeckenden, barrierefreien, bezahlbaren und  
254 klimagerechten ÖPNV, damit dieser überall eine vollwertige Alternative zum  
255 Individualverkehr für die zahlreichen Pendelnden bietet. Der Verkehrssektor ist  
256 bei der energetischen Transformation eine wichtige Säule. Bisherige  
257 Anstrengungen greifen zu kurz. Insbesondere der Umstieg auf den elektrischen und  
258 in bestimmten Bereichen auf den Wasserstoff- bzw. Brennstoffzellenantrieb im  
259 ÖPNV macht umfangreiche Investitionen in Fahrzeuge, Schieneninfrastruktur und  
260 Betriebshöfe notwendig. Daher fordern wir folgende Maßnahmen:

- 261 a. Schaffung eines flächendeckenden Thüringer Nahverkehrsverbunds/ eines
- 262 landeseinheitlichen Ticketverbunds mit dem Angebot eines 365 Euro-Tickets.
- 263 b. Förderung von Angeboten zum Car-Sharing von Ruftaxis und Rufbussen im
- 264 ländlichen Raum. Mit diesen und weiteren Angeboten wird dem Trend zum Zweitauto
- 265 eine praktikable Alternative entgegensetzen.
- 266 c. Die Anschaffung von neuen (klimaneutralen) Bussen und Straßenbahnen muss mit
- 267 höheren Förderquoten über 70 Prozent ermöglicht werden.
- 268 d. Die Energie-Eigenversorgung der Verkehrsbetriebe muss durch eigene
- 269 Energieproduktionskapazitäten in den Betrieb für den Betrieb ausgebaut werden.

## 270 **10. Vorrang für den Ausbau der Erneuerbaren Energien**

271 Bereits vor den Preissprüngen in der zweiten Jahreshälfte 2021 lagen die  
272 durchschnittlichen Stromerzeugungskosten bei Erneuerbaren Energien zwischen 7  
273 bis 12 Cent je Kilowattstunde und damit deutlich günstiger als die Kosten von 9  
274 bis fast 30 Cent je Kilowattstunde bei der Stromerzeugung durch Erdgas. In den  
275 kommenden Jahren werden die Erneuerbaren Energien noch stärker als Preisdämpfer  
276 wirken. Insbesondere Windenergieanlagen an Land und größere Photovoltaik-Anlagen  
277 sind heute schon die günstigste Form der Energieproduktion. Daher fordern wir  
278 folgende Maßnahmen:

- 279 a. Nach aktuellen Untersuchungen ist bei der Photovoltaik das technische
- 280 Potenzial in Thüringen zu weniger als 10 % erschlossen. Daher haben wir das
- 281 Solargesetz auf den Weg gebracht. Dieses soll den Weg ebnen, dass eine
- 282 Verdreifachung der installierten Leistung bis 2030 realisiert werden kann.
- 283 b. Windkraft ist die flächensparenste und günstigste Erneuerbare Energiequelle.
- 284 Für die gleiche erzeugte Leistung braucht sie bis zu 16Mal weniger Fläche als
- 285 eine Photovoltaikanlage. Für den Ausbau der Windkraft brauchen wir nach dem
- 286 derzeitigen Stand über 2 Prozent der Landesfläche. Die Konzentration auf einige
- 287 wenige Landesteile ist nicht unser Ziel. Um die hier beschriebenen Wirkungen und
- 288 Ziele zu erreichen, braucht es mindestens eine Verdreifachung der installierten
- 289 Leistung bis 2032.
- 290 c. Wasserkraft hat in Thüringen eine lange Tradition. Zahlreiche Anlagen sind
- 291 bereits saniert und streben den Ausgleich zwischen ökologischen

- 292 Rahmenbedingungen und Bewirtschaftung an. Aktuelle sind die Ausbaupotenziale  
293 jedoch auf die Modernisierung der bestehenden Anlagen begrenzt und nahezu  
294 ausgeschöpft.
- 295 d. Wir fordern ein Energiemonitoring, welches jährlich über die zugebaute  
296 Leistung informiert und frühzeitig Abweichungen vom Ausbaupfad erkennt, sodass  
297 aktiv durch Maßnahmen eingegriffen werden kann.
- 298 e. Die SPD setzt sich dafür ein, dass Städte und Gemeinden durch Freilenkung  
299 nicht verbrauchter Mittel aus anderen Förderprogrammen noch stärker beim Ausbau  
300 erneuerbarer Energien finanziell unterstützt werden
- 301 f. Unterstützung der Kommunen bei der Leistung der Eigenanteile im  
302 Förderprogramm „Stadt und Land für flächendeckende Fahrradinfrastruktur“ durch  
303 das Land.
- 304 g. Einsetzen des Landes gegenüber dem Bund für die dauerhafte Fortführung des  
305 Förderprogrammes „Stadt und Land für flächendeckende Fahrradinfrastruktur“ und  
306 es ggf. eigenständige Weiterführung auf Landesebene.
- 307 h. Erleichterung für Kommunen zeitgemäße Radverkehrsanlagen umzusetzen und  
308 Verringerung der Abhängigkeit vom guten Willen übergeordneter  
309 Straßenbaubehörden.
- 310 i. Anerkennung des verkehrssystemplanerischen Steuerungsrechts der Kommune  
311 innerhalb des Genehmigungsverfahrens für neue Verkehrsanlagen im übertragenen  
312 Wirkungskreis.

V1\*

# Antrag

**Initiator\*innen:** KV Erfurt

**Titel:** ÖPNV ausreichend finanzieren!

## Antragstext

1 **Der Landesparteitag der SPD Thüringen möge beschließen:**

2 Das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft wird  
3 aufgefordert, die Förderung der ÖPNV Infrastruktur der Landkreise und  
4 kreisfreien Städte weiter auszubauen und die Förderquote für die Anschaffung von  
5 Bussen und Straßenbahnen den wachsenden Anschaffungskosten anzupassen.

V2\*

# Antrag

**Initiator\*innen:** KV Kyffhäuserkreis

**Titel:** **Landesförderprogramm zur Unterstützung von  
Bürgerbusinitiativen**

---

## Antragstext

1 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, mit Bundesmitteln des  
2 Regionalisierungsgesetzes (RegG) ein Förderprogramm ab dem Haushalt 2023  
3 festzuschreiben, mit dem Bürgerbusinitiativen unterstützt und die Angebote von  
4 Bürgerbussen thüringenweit verstetigt werden.

**W1\***

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** KV Erfurt

**Titel:** **Zweckentfremdung von Mietwohnungen  
einschränken**

---

## **Antragstext**

1 Die SPD Thüringen setzt sich dafür ein, dass der Zweckentfremdung von Wohnraum  
2 durch die Vermietung von ganzen Wohnungen auf Plattformen wie bspw. „airbnb“  
3 entgegengewirkt wird. Dazu soll die langfristige gewerbliche Vermietung von  
4 vollständigen Wohnungen zu touristischen Zwecken untersagt werden. Die  
5 Einschränkung soll der Blockade von Wohnraum und dem Umgehen der  
6 Kulturförderabgabe vorbeugen.

**INI1\***

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** KV Jena

**Titel:** **Sprach-Kitas retten – Keine Kürzungen zulasten  
der Integration und Inklusion in Kitas**

---

## **Antragstext**

- 1 Wir kritisieren den geplanten Wegfall des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil
- 2 Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ und fordern die SPD-Bundestagsfraktion und
- 3 den SPD-Bundesvorstand auf, sich gegen die Kürzung und für den Erhalt des
- 4 Bundesprogramms und dessen Verstetigung einzusetzen.

# Antrag

**Initiator\*innen:** KV Schmalkalden-Meiningen

**Titel:** Mit Wumms aus der Energiekrise!

## Antragstext

1 Eine sozial gerechte Gestaltung der Energiewende ist und bleibt ein Kernthema  
2 der Sozialdemokratie. Als die soziale Volkspartei in Thüringen und Deutschland  
3 können wir weder die Herausforderungen des Klimawandels, noch die sozialen  
4 Fliehkräfte steigender Energiepreise negieren oder ignorieren. Gerade in  
5 Ostdeutschland führen massiv steigende Verbrauchskosten bei Gas, Öl und Strom zu  
6 immensen Verunsicherungen bis hin zu potentiellen sozialen Verwerfungen. Wir  
7 dürfen nicht verkennen, dass die Löhne und Gehälter im Osten noch immer weit  
8 hinter Westniveau zurückliegen, jedoch gleichzeitig die Energiekosten  
9 insbesondere die Preise für den Gasbezug in Ostdeutschland im Vergleich zu  
10 westdeutschen Flächenländern durchschnittlich 15,8 % höher zu beziffern sind.  
11 Diese Diskrepanz aus niedrigeren Gehaltsgefüge auf der einen und deutlich  
12 höheren Energiekosten auf der anderen Seite birgt eine, wenn nicht die  
13 sozialpolitische Herausforderung der nächsten Jahre. Hierfür Lösungen zu  
14 entwickeln und diese politisch mehrheitsfähig zu machen, muss ein Kernthema der  
15 Sozialdemokratie in Thüringen und Deutschland sein. Die sozialdemokratisch  
16 geführte Bundesregierung hat unter Bundeskanzler Olaf Scholz hierzu bereits gute  
17 und richtige Vorstöße unternommen, wie die ersten beiden  
18 Energieentlastungspakete und die zuletzt verabredeten Maßnahmen, wie die  
19 Ausweitung des Wohngeldanspruchs (zzgl. optional Heizkostenzuschuss), die Reform  
20 des SGB II hin zum Bürgergeld und die Energiepreispauschalen für Rentnerinnen  
21 und Rentner, Auszubildende und Studierende mit Nachdruck demonstrieren.

22 Entlastungen unabhängig von ihrem Zweck und Umfang, dürfen jedoch nicht darüber  
23 hinwegtäuschen, dass das Thema Energie mit Blick auf den Klimawandel ein, wenn  
24 nicht das bestimmende Thema dieses Jahrzehnts sein wird. Die SPD wird sich hier  
25 auch in Zukunft von demokratiefeindlichen und radikalen Positionen abgrenzen  
26 müssen, welche mit vermeintlich einfachen, populistischen Antworten und

27 pseudowissenschaftlichen Daten meinen, Probleme zu „lösen“. Als SPD müssen und  
28 werden wir bei allen Entlastungsansätzen mittel- und langfristig denken, um die  
29 Energiewende aktiv, erfolgreich und sozial gerecht zu gestalten. Es muss unser  
30 Ziel sein, zwischen akuten Problemszenarien wie massiv steigenden Gaspreisen  
31 aufgrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und mittel- bis  
32 langfristigen Maßnahmen zur erfolgreichen Gestaltung der Energiewende im Sinne  
33 der öffentlichen Daseinsvorsorge zu unterscheiden. Künftige  
34 Energieentlastungspakete müssen neben primären Entlastungsstrategien daher im  
35 zweiten Schritt auch die klare Zielrichtung vorgeben, wie der Ausbau  
36 erneuerbarer Energien und eine dezentrale kommunalisierte Energiepolitik  
37 (Stadtwerke), mit sozialen Aspekten und Themen wie der wirtschaftlichen  
38 Transformation in Einklang zu bringen sind. Hierbei ist ein Auspielen  
39 verschiedener Interessengruppen gegeneinander mit uns nicht zu machen. Die SPD  
40 Thüringen steht stattdessen für eine Ermöglichungs- statt einer  
41 Verhinderungsplanung. Planungsrechtliche Sicherheit gepaart mit einem  
42 Windkraftbeteiligungsgesetz sind für uns Schlüssel dafür, dass uns der Ausbau  
43 erneuerbarer Energien auch zukünftig gelingt. Wir sind davon überzeugt, dass wir  
44 nur dann die Energiewende erfolgreich gestalten können, wenn Bürgerinnen und  
45 Bürger auch angemessen an den Gewinnen von entsprechenden Anlagen beteiligt  
46 werden.

47 Als SPD wollen wir durchdachte, praktikable und nachhaltige  
48 Entlastungsvorschläge unterbreiten und halten daher einen seriösen  
49 Gegenfinanzierungsvorschlag für unerlässlich. Wir sind davon überzeugt, dass  
50 Konzerne, welche in der Krise überdurchschnittlich hohe Gewinne einfahren  
51 konnten, sich auch an den Folgekosten der daraus entstehenden gesellschaftlichen  
52 Herausforderungen zu beteiligen haben. Die Zeit für die Einführung einer  
53 Übergewinnsteuer auf Ebene der EU für die von der Krise profitierenden Energie-  
54 und vor allem Mineralölkonzerne ist längst reif. Unbenommen hiervon werden wir  
55 jedoch mit Nachdruck im Rahmen von Bürgerschaftskrediten dafür sorgen, dass wir  
56 unsere kommunalen Unternehmen krisenfest machen. Außerdem wollen wir dafür  
57 sorgen, dass unsere Stadt- und Kreiswerke in die Lage versetzt werden,  
58 notwendige Investitionen in die Zukunft auch zu stemmen und durch  
59 rekommunalisierte Energiekonzepte die Akzeptanz in der Bevölkerung nachhaltig  
60 stärken. Eine nachhaltige Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist für  
61 uns als SPD Thüringen Auftrag und Verpflichtung zugleich. In Krisensituationen  
62 wie jetzt bedeutet dies im Sinne einer bezahlbaren Grundversorgung schnell und  
63 entschlossen zu handeln. Poly-Krisen wie die vor uns liegende verlangt dabei  
64 nicht die eine Lösung zur Preis- und Versorgungsstabilität, sondern vielmehr ein  
65 Bündel an staatlichen Instrumenten, um umfassend und zielgerichtet die  
66 Energieversorgung in Deutschland und Thüringen zu stützen.

## 67 **1. Energiepreisdeckel für Strom und Gas**

68 Als SPD können wir stolz darauf sein, dass wir es waren, die einen gesetzlichen  
69 Mindestlohn in Deutschland verankert haben und auch wir die politische Kraft  
70 sind, die nun dafür sorgen, dass mit einer Mindestlohnerhöhung auf 12 € vor  
71 allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ostdeutschland profitieren.  
72 Besonders in den systemrelevanten Branchen, im Handel, im Gesundheits- und  
73 Sozialwesen, im Speditions- und Lagereigewerbe und in der Gastronomie, werden  
74 die 12 Euro zu deutlichen Verbesserungen führen. Umso wichtiger ist es, dass  
75 nunmehr auch die Sozialdemokratie dafür sorgt, dass diese neu geschaffene  
76 Lohnuntergrenze auch tatsächlich die Kaufkraft und die Lebensqualität der  
77 Menschen verbessert. Wir werden es nicht zulassen, dass eine von den  
78 Energiepreisen getriebene Inflation soziale Erfolgsmodelle zunichtemacht bzw.  
79 positive Entwicklungen wieder neutralisiert. Für uns als SPD Thüringen ist es  
80 nicht hinnehmbar, dass die hart arbeitende Mitte dieser Gesellschaft den  
81 sozialen Abstieg fürchtet.

82 Die Sicherstellung eines bezahlbaren Grundbedarfes für Strom und Gas für die  
83 privaten Haushalte in Thüringen und Deutschland muss daher unser Kernanliegen  
84 bilden. Dabei müssen wir jedoch für unterschiedliche Problemstellungen auch  
85 anderslautende Antworten finden. Heißt, ein Energiepreisdeckel für Strom muss  
86 anderen funktionalen Kriterien genügen als wiederum Maßnahmen, die auf die  
87 Deckelung des Gaspreises abzielen.

88 Der an der EEX (European Energy Exchange) in Leipzig gehandelte Strom folgt  
89 derzeit dem sog. Merit-Order Prinzip. Dies bedeutet in der Praxis nichts  
90 anderes, wie das sich der an der Börse gehandelte Strompreis nach dem teuersten  
91 einspeisenden Kraftwerk richtet, welches noch benötigt wird, um den notwendigen  
92 Bedarf zu decken. Unweigerlich führt dieser Umstand zu der Tatsache, dass  
93 günstigere Anbieter, wozu mittlerweile vor allem auch Solarkraft- und  
94 Windkraftanlagen gehören, den hohen an der EEX gehandelten Preis vereinnahmen.  
95 Es zeigt sich also ein massives Ungleichgewicht, was auf der einen Seite zu sog.  
96 Über- bzw. Zufallsgewinnen führt und auf der anderen Seite Verbraucherinnen und  
97 Verbraucher in eine finanziell existenzbedrohliche Lage treibt. Hier wollen wir  
98 als SPD Thüringen ansetzen. Für uns ist klar, dass bei einer Verknappung des  
99 Bedarfes der Preis nicht zusätzlich dadurch getrieben werden darf, dass sich  
100 dieser am teuersten Erzeuger ausrichtet. Es braucht daher einen  
101 Strompreisdeckel, der dafür sorgt, dass die Preise an der EEX künftig am  
102 Durchschnittspreis ausgerichtet werden. So sorgen wir dafür, dass die  
103 Bürgerinnen und Bürger ihre Stromrechnung noch sorgenfrei begleichen und  
104 gleichzeitig überproportionale Gewinne von Krisenprofiteuren erst gar nicht  
105 entstehen können.

106 Für die Versorgung der Bevölkerung mit Gas müssen wir unweigerlich konstatieren,  
107 dass der Markt strukturell bedingt nicht mehr funktionieren kann. Angebot und

108 Nachfrage sind nachhaltig aus dem Gleichgewicht geraten und lassen den  
109 Marktpreis bei geringer Nachfrageelastizität teils auf Rekordstände steigen.  
110 Eine Situation, die den so wichtigen bezahlbaren Grundbedarf schlicht weg nicht  
111 mehr gewährleistet. Als sozialdemokratische Partei können und werden wir diesen  
112 Mechanismen keinen freien Lauf lassen. Für uns ist es eine politische  
113 Notwendigkeit jetzt schnell, möglichst unbürokratisch und gezielt die  
114 Bürgerinnen und Bürger vor Preisen zu schützen, die den sozialen Frieden in  
115 unserem Land bedrohen. Daher schlagen wir vor, dass der Strompreisdeckel um ein  
116 weiteres Element nämlich den sog. Gaspreisdeckel ergänzt wird. Diese Deckelung  
117 des Gaspreises sieht vor, dass die Privathaushalte bis zu 80 % des  
118 Vorjahresverbrauches auch zum letztjährigen Vertragspreis (max. 9 ct/kWh) als  
119 Grundbedarf beziehen können. Der Differenzbetrag zwischen üblichen Marktpreis  
120 und dem alten Vertragspreis wird seitens des Bundes für das Jahr 2023  
121 ausgeglichen. Mehrbedarfe, die den Sockelbetrag von 80 % übersteigen sind zum  
122 geltenden Markt- bzw. Vertragspreis zu beziehen.

123 Für uns steht in diesem Zusammenhang jedoch fest, dass wir bei dieser Form der  
124 Marktregulation Über- bzw. Zufallsgewinne in jeden Fall unterbinden werden. So  
125 wird es mit uns als SPD keine Überkompensation der Energieversorger geben,  
126 welche zu etwaigen überproportionalen Gewinnen führen. Auch halten wir es  
127 insofern für notwendig, dass auf Ebene der EU Mechanismen verabredet und  
128 beschlossen werden, die Übergewinne schon mit Blick auf die marktseitige  
129 Preisbildung unterbinden, zumindest aber regulieren. Möglich erscheint hier  
130 bspw. die Einführung eines Maximalpreises für Gas je Megawattstunde, um  
131 exorbitante teils politisch gelenkte Preisausschläge zu unterbinden.

## 132 **2. Soforthilfeprogramm für die durch die Energiekrise gefährdeten kleinen und** 133 **mittelständischen Unternehmen**

134 Wie auch die privaten Verbraucherinnen und Verbraucher stehen vor allem auch  
135 unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen vor teils unlösbaren  
136 unternehmerischen Herausforderungen. Der Angriffskrieg in der Ukraine lässt  
137 solide Geschäftsgrundlagen aufgrund massiv steigender Energiepreise in teils  
138 kürzester Zeit erodieren. Für z.B. Handwerksbetriebe wie Bäckerei oder  
139 Metzgerbetriebe spannen sich nunmehr Herausforderungen auf, die eine positive  
140 Unternehmensfortführung nur noch schwerlich möglich machen. Als SPD Thüringen  
141 stehen wir hinter unseren mittelständischen Unternehmen. Mit der  
142 Strompreisbremse, also der Neuausrichtung der Preisbildung an der EEX werden wir  
143 hier eine spürbare Entlastung erreichen. Für die oftmals noch sehr viel schwerer  
144 wiegende Gaspreisbelastung schlagen wir ein sog. Soforthilfeprogramm vor. So  
145 wollen wir erreichen, dass die betroffenen Unternehmen spiegelbildlich zu den  
146 privaten Haushalten ebenfalls eine spürbare Entlastung erfahren. So werden  
147 kleine und mittelständische Unternehmen, wie bspw. der Bäckermeister den

148 Differenzbetrag aus Markt- und bisher geltenden Vertragspreis in Höhe von 80 %  
149 als Soforthilfe erhalten. Eine Nachweisführung wird übersichtlich und  
150 unbürokratisch erst im Jahr 2024 erfolgen, um keine zusätzliche Belastung in  
151 einer ohnehin herausfordernden Zeit zu schaffen.

### 152 **3. Rettungsschirm in Form von Bürgschaften, Krediten und Stabilisierungshilfen**

153 Zur Wahrung des sozialen Friedens gehört primär vor allem auch die Sicherung  
154 bundesweiter Wertschöpfungsketten insbesondere in Gewerbe- und  
155 Industrieunternehmen. Die Stützung des Wirtschaftsstandortes Deutschland hat für  
156 uns als SPD oberste Priorität. Als SPD Thüringen können und werden wir die  
157 positive wirtschaftliche Entwicklung unseres Freistaates nicht gefährden. Mit  
158 einem milliardenschweren Rettungsschirm des Bundes wollen wir durch Kredite,  
159 Bürgschaften und Stabilisierungshilfen dafür sorgen, dass kein Unternehmen  
160 dieses Landes aufgrund ausschließlich einer der Energiekrise verschuldeten  
161 Umstandes in eine existenzbedrohliche Schieflage gerät. Für uns steht jedoch  
162 auch fest, dass Hilfszahlungen, die sich aus Steuermitteln speisen, niemals  
163 leichtfertig und ohne Sicherheiten oder Ziele ausgereicht werden können. So ist  
164 für uns klar, dass Kredite und Bürgschaften stets das Vorzugsinstrument bilden  
165 und Stabilisierungshilfen nur in begründeten Ausnahmefällen zur Anwendung kommen  
166 können. Auch werden wir dafür sorgen, dass eine vom Bund ausgereichte  
167 Stabilisierungs- bzw. Hilfszahlung stets an einzuhaltende Nachhaltigkeitsziele  
168 geknüpft wird.

### 169 **4. Stützung der kommunalen Familie und der sozialen Infrastruktur**

170 Auch unsere Keimzellen der Demokratie, unsere Städte und Gemeinden, stehen im  
171 Zuge der zu bewältigenden Energiekrise vor immensen Herausforderungen. Die  
172 nachhaltige Erfüllung von übertragenen und eigenen Aufgaben wird zu einem  
173 Kraftakt, der die Leistungsfähigkeit unserer kommunalen Familie fundamental  
174 gefährdet. Um die Folgen steigender Energiekosten abzumildern schlagen wir ein  
175 Maßnahmenpaket vor, welches folgende landes- und bundespolitischen Elemente  
176 enthält:

- 177 • Die Mehraufwendungen für Unterkunft und Heizung im Bereich des SGB II  
178 werden seitens des Bundes im Jahr 2023 vollständig ausgeglichen. Die  
179 entstehenden gestiegenen Zuschussbedarfe werden mit dem Referenzjahr 2021  
180 abgeglichen umso mögliche Kompensationsleistungen zu errechnen. Die  
181 derzeit für Thüringen geltende Kostenbeteiligung des Bundes in Höhe von  
182 71,4 % gilt für 2023 als Sockelbetrag vorerst fort. Mögliche  
183 Mehrbelastungen werden jedoch im Wege einer Spitzabrechnung ausgeglichen.

- 184 • Vor allem die Gebäudebewirtschaftungskosten für die Aufgaben als  
185 Schulträger und der Kindertagesbetreuung sind im Hinblick auf die massiv  
186 gestiegenen Energiekosten teils schwerwiegende Problematiken, die eine  
187 schnelle Antwort erfordern. Wir schlagen vor, dass wir einen  
188 landesseitigen Lastenausgleich (Energiekostenausgleich) etablieren,  
189 welcher anhand des Durchschnittsverbrauchs und den jeweils vorherrschenden  
190 Schülerzahlen bzw. Kita-Plätzen die kommunale Familie in Form von pauschal  
191 ausgereichten Mitteln unterstützt.
- 192 • Das gesellschaftliche Leben vor allem in Form der ehrenamtlichen Arbeit in  
193 Vereinen und Verbänden sowie die herausragende Arbeit, die in zahlreichen  
194 Kultureinrichtungen und Gedenkstätten in Thüringen tagtäglich geleistet  
195 wird, verlangt auch hier eine Deckelung der Energiepreise. Wir stehen als  
196 SPD bereit ein mögliches bundesweites Soforthilfeprogramm genau um diese  
197 so wichtigen Bausteine landesseitig zu ergänzen.
- 198 • Der gesamte soziale Sektor steht aktuell unter erheblichem Druck –  
199 insbesondere wegen der Energiepreisssteigerungen. Wir müssen vor allem  
200 dafür Sorge tragen, dass kurzfristig keine Strukturabbrüche drohen. So ist  
201 zwar der notwendige Inflationsausgleich für Krankenhäuser und Pflegeheime  
202 auf der Bundesebene durchzusetzen, auch gestiegene Baukosten tragen aber  
203 zu den großen Sorgen der Krankenhäuser bei. Um hierbei zu unterstützen  
204 sind müssen wir zusätzliche Mittel bereitzustellen. Einrichtungen und  
205 Dienste der freien Wohlfahrtspflege sind ebenso wie in der Pandemie  
206 abzusichern. Das betrifft insbesondere auch Einrichtungen für Kinder und  
207 Jugendliche. Sowie die sozialen Vereine und Initiativen vor Ort werden wir  
208 entlasten.

209 Sowohl die Umsetzung eines Energiepreisdeckels bei Strom- und Gaslieferungen als  
210 auch die Etablierung von Soforthilfeprogrammen komplementieren neben den beiden  
211 Bausteinen Rettungsschirm und Hilfen für unsere Kommunen die Maßnahmen für ein  
212 weiteres Energieentlastungspakt. Die dargestellten Maßnahmen zeigen, dass der  
213 Anspruch „mit Wumms aus der Energiekrise“ keine Floskel bleibt, sondern es  
214 vielmehr gelungen ist ein Paket zu skizzieren, dass dazu beitragen wird den  
215 sozialen Frieden in Thüringen und Deutschland aktiv zu wahren. Wir zeigen: Eine  
216 sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Energiepolitik ist Kernelement und  
217 Kompass sozialdemokratischer Politik.

# Antrag

**Initiator\*innen:** Jusos Thüringen & AfA Thüringen

**Titel:** **Gaspreis deckeln – Gasumlage stoppen – echte Umverteilung jetzt!**

---

## Antragstext

1 *Die galoppierende Inflation trifft viele Menschen hart – auch in Thüringen.*  
2 *Privathaushalt, öffentliche, gemeinnützige aber auch zahlreiche private*  
3 *Unternehmen stehen akut vor erheblichen Zahlungsschwierigkeiten. Daher braucht*  
4 *es jetzt, zeitlich befristet, eine Deckelung des Gaspreises!*

5 *Zahlreiche Nachbarländer sind diesen Schritt bereits gegangen und konnten die*  
6 *Situation deutlich entspannen. Druck aus den Kostenkessel zu nehmen, verschafft*  
7 *uns Zeit, dauerhafte und zielgerichtet Entlastungsmaßnahmen wie das soziale*  
8 *Klimageld auf den Weg zu bringen. Daher braucht es jetzt einen fixierten*  
9 *Preisdeckel für ein bestimmtes auf die Haushaltgröße angepasstes Gas-*  
10 *Grundkontingent, der schnell und in der Fläche wirksam zur Entlastung beiträgt.*  
11 *Wichtig ist, dass dieses Gas-Grundkontingent sowohl den Grundbedarf deckt als*  
12 *auch eine Lenkungswirkung entfaltet.*

13 *Eine allgemeine Gasumlage ist dagegen in dieser Situation die falsche Antwort!*  
14 *Weder kann diese sozial gerecht erfolgen noch unterscheidet diese nach der*  
15 *Bedürftigkeit von Unternehmen. Zugleich werden einzelne Konzerne verstaatlicht.*  
16 *Hier zahlen wir als Gesellschaft doppelt! Statt die Kostenweitergabe der*  
17 *Energiekonzerne an die Privathaushalte durchzuwinken und damit die Situation*  
18 *weiter zu verschärfen, sollten wir konsequent sein und durch eine*  
19 *Verstaatlichung den effizienten Einsatz von Steuermitteln zur Aufrechterhaltung*  
20 *der Versorgungssicherheit in das Zentrum des Handelns stellen. Darüber hinaus*  
21 *werden wir neue Lösungen zur Organisation der öffentlichen Daseinsvorsorge bei*  
22 *Energie, Gesundheit, Soziales und Bildung ohne Profitmaximierung erarbeiten.*

23 *Wir wollen, dass die Rechnungen für diese beispiellose Krise sozial gerecht*  
24 *gezahlt werden und dass wir in Deutschland in der Lage sind, nachhaltig den*  
25 *Umbau der öffentlichen Infrastruktur zu finanzieren. Dazu braucht es die*  
26 *Übergewinnsteuer, mit der krisenbedingte Sofortgewinne zugunsten des*  
27 *Allgemeinwohls abgeschöpft werden. Und wir müssen diejenigen mehr besteuern, die*  
28 *die Mehrbelastungen tragen können. Digital-, Vermögen- und Erbschaftsteuer sind*  
29 *gut geeignet, um stärkere Schultern auch stärker zu belasten.*

**INI4\***

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** KV Jena

**Titel:** **Öffentlichen Nahverkehr stärken:  
Nachfolgeticket für 9-Euro-Ticket auf den Weg  
bringen!**

---

## **Antragstext**

1 Die Thüringer SPD setzt sich für die Einführung eines Nachfolgetickets für das  
2 9-Euro-Ticket zum 1. Januar 2023 ein. Die notwendigen Mittel sind von Bund und  
3 Land bereitzustellen. Darüber hinaus muss der Bund die Regionalisierungsmittel  
4 für die Länder deutlich erhöhen, damit diese das ÖPNV-Angebot weiter ausbauen  
5 können.

# Antrag

**Initiator\*innen:** Jusos Thüringen

**Titel:** "You will never walk alone" Realität werden lassen!

---

## Antragstext

1 **Für eine aktive Rolle der SPD Thüringen bei den demokratischen Protesten zur**  
2 **Energiepreiskrise und Teilnahme aller Genoss:innen an diesen Protesten**

3 Angesichts des Kriegs in der Ukraine und der damit in Zusammenhang stehenden  
4 Energiepreiskrise, stehen wir vor allem in Ostdeutschland vor enormen  
5 Herausforderungen. Auch wenn mit den Entlastungspaketen wichtige Signale gesetzt  
6 werden ist klar: für viele Menschen in Thüringen wird das nicht reichen! Die  
7 Ängste vor Armut, sozialen Abstieg und der (sozialen) Kälte ist real und muss  
8 ernst genommen werden. Proteste für eine solidarische Politik der Umverteilung  
9 und zu stärkeren staatlichen Eingriffen in den „freien“ Markt sind legitim und  
10 entsprechen unseren Positionen in der SPD. Daher ist es auch unsere Aufgabe  
11 diese Proteste massiv zu unterstützen, auch wenn sie sich letztlich zum Teil  
12 auch gegen die Politik der SPD richten.

13 Deshalb werden wir, der SPD-Landesverband Thüringen, zukünftig zu vom DBG und  
14 seinen Gliederungen organisierten Demonstrationen aufrufen. Auch unseren  
15 Kreisverbänden, Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften empfehlen wir dies.

16 Wir fordern alle Genoss:innen auf sich aktiv an diesen Demonstrationen zu  
17 beteiligen, je nach Demokonsens auch ohne Parteifahne!

18 Besonders das #NichtMitUns-Bündnis möchten wir unterstützen, da es sich für  
19 solidarische, inklusive und soziale Lösungen der derzeitigen Krisen einsetzt.

20 Wenn wir uns nicht mehr an sozialen und gesellschaftlichen Protesten beteiligen,  
21 besonders wenn diese von unseren Kolleg:innen der Gewerkschaften getragen  
22 werden, dann haben wir aus den Fehlern von „Hartz IV“ nichts gelernt. Die  
23 Forderungen von #NichtMitUns müssen auch unsere sein!

# Antrag

**Initiator\*innen:** KV Nordhausen

**Titel:** **Das beste Mittel gegen Angst schürende  
Desinformationen von Radikalen in der  
Energiekrise? Eine gute INFORMATIONS  
Kampagne!**

---

## Antragstext

1 Nachdem leider weder in der wichtigen Rede der Haushaltsdebatte im Bundestag die  
2 überwiegend gute Regierungsarbeit nicht ausreichend genug von Bundeskanzler Olaf  
3 Scholz erklärt worden ist, um den Bürgerinnen und Bürgern die aktuellen Ängste  
4 zu nehmen, ist eine gute Informationskampagne zur sicheren  
5 Energieversorgungslage unseres Landes dringend erforderlich.

6 Die Angst geht um in Deutschland. Die Angst vor einer unsicheren Strom- &  
7 Gasversorgung in Deutschland diesen Winter und die Angst vor Existenz  
8 gefährdenden extrem hohen Energierechnungen.

9 Es braucht eine bessere Kommunikationspolitik. Landes- und bundesweit.

10 Wir müssen auf die Ängste und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger eingehen.

11 Die SPD geführte Bundesregierung hat seit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine  
12 und dem Zücken der Energiewaffe durch den russischen Präsidenten Putin gute  
13 Arbeit seit dem 24. Februar geleistet, um die Energieversorgung der  
14 Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen. Doch diese gute Politik muss den  
15 Bürgerinnen und Bürgern auch gut erklärt werden, um ihnen ihre Ängste und Sorgen  
16 zu nehmen, bevor die Radikalen und Querdenker in unserem Land diese Ängste noch  
17 weiter schüren und für sich nutzen.

18 Die Stromversorgung in Deutschland für die privaten Haushalte ist sicher. 75%  
19 des deutschen Stromverbrauchs entfällt auf die Industrie- und Handelsunternehmen  
20 in Deutschland.

21 Der Rest auf Verkehr und private Haushalte. Bevor der Strom nicht mehr für die  
22 privaten Haushalte reicht, besteht die Möglichkeit Strom durch Abschaltungen in  
23 der Wirtschaft einzusparen.

24 Auch die Gasversorgung in Deutschland ist für diesen Winter sicherer als es die  
25 meisten Bürgerinnen und Bürger befürchten.

26 Die von Olaf Scholz geführte Bundesregierung hat seit Februar dafür gesorgt,  
27 dass unsere 40%ige Gasabhängigkeit von Russland auf 9% gesenkt wurde. Und das  
28 bevor am 31.8. Nord Stream 1 geschlossen wurde. Der beschleunigte Ausbau der  
29 stationären und schwimmenden LNG Terminals und die Förder- und Kiefererhöhung  
30 von Gas unserer europäischen Partner aus den Niederlanden, Belgien und Norwegen  
31 hat dafür gesorgt, dass die Nationale Gasreserve unserer Bundesrepublik heute zu  
32 90% gefüllt ist. Und das wieder einmal vorplanmäßig. Denn geplant sind 90% erst  
33 zum 1.12. Unsere Nationale Gasreserve wird für 3 Monate reichen, sollten wir  
34 kein Gas mehr aus dem Ausland bekommen.

35 Das ist ein Riesenerfolg unserer SPD geführten Bundesregierung in der  
36 Energiekrise! Das ist gelebte europäische Solidarität! Das ist gute  
37 Regierungsarbeit!

38 Nun muss den Bürgerinnen und Bürgern diese gute Regierungsarbeit ebenso gut  
39 kommuniziert werden. Denn das beste Mittel gegen Desinformationskampagnen sind  
40 gute Informationskampagnen!

41 Auch die Gasversorgung für die privaten Haushalte in Deutschland ist sicher. 50%  
42 des nationalen Gasverbrauchs entfallen auf die deutsche Wirtschaft, entfallen  
43 auf Industrie- und Handelsunternehmen. Richtigerweise haben Wirtschaftsminister  
44 Habeck und der Chef der Bundesnetzagentur die Abschaltreihenfolge bei  
45 Gasknappheit so festgelegt, dass zuerst Unternehmen kein Gas mehr bekommen,  
46 sodass es reichen wird für medizinische Einrichtungen und private Haushalte in  
47 Deutschland.

48 Niemand wird frieren müssen diesen Winter. Diese Sorge muss den Bürgerinnen und  
49 Bürgern genommen werden, bevor es zu "Volksaufständen" wie von Außenministerin  
50 Baerbock befürchtet kommt oder wie sie auch der Verfassungsschutz Präsident  
51 Thüringens befürchtet.

52 Wir benötigen eine Informationskampagne der Bundes- und/oder der Landesregierung  
53 ähnlich wie der "Impfen hilft" Werbekampagne auf Youtube und im Fernsehen und  
54 anderen Medien des Uniklinikums Jena, der Kassenärztlichen Vereinigung  
55 Thüringens KVT und des Thüringer Gesundheitsministeriums, die darüber aufklärte,  
56 dass die Corona Impfung insbesondere gegen schwere Verläufe schützt.

57 Seit dem 13.8. und seit der Haushaltsdebatte des Bundestages oder den  
58 Sommerinterviews durch Olaf Scholz oder unseres Landesvorsitzenden gab es keine  
59 solche Informationskampagne. Lasst uns eine solche starten, bevor die Radikalen  
60 und Querdenker dieses Diskussionsfeld für sich besetzen und wir nach der  
61 Coronawelle mit einer blau-braunen Welle in unserem Land rechnen müssen.

62 Wir schlagen folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Kommunikation und  
63 Öffentlichkeitsarbeit vor:

- 64 • niedrigschwellige Gesprächsangebote, wie zum Beispiel Beteiligungscafés  
65 oder Bürger\*innenstammtische, die durch Ortsgruppen und Kreisverbände  
66 organisiert werden, idealerweise mit kostenloser Verpflegung.
  
- 67 • eine erhöhte Präsenz der politischen Prominens aus Landes- und Bundesebene  
68 im ländlichen Raum, z.B. zu genannten Veranstaltungen
  
- 69 • einem verbesserten Social Media Auftritt auf allen Kanälen, die junge und  
70 ältere Wähler erreichen.